Stand: 16.12.2025 00:45:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16704

"Zustand der Natur in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16704 vom 22.10.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017

Initiativdrucksache 17/16704 vom 22.10.2015

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Florian von Brunn
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Benno Zierer
Abg. Dr. Christian Magerl
Abg. Dr. Leopold Herz
Abg. Nikolaus Kraus
Staatsministerin Ulrike Scharf
Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Interpellation der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Zustand der Natur in Bayern (Drs. 17/16704)

Ich eröffne die Aussprache. Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, dass die Gesamtredezeit der Fraktionen 72 Minuten beträgt. Zur Verteilung: 24 Minuten für die CSU-Fraktion, 18 Minuten für die SPD-Fraktion und jeweils 15 Minuten für die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Für die Staatsregierung stehen 24 Minuten zur Verfügung.

Gemäß § 68 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung hat in der Aussprache die Fraktion das erste Wort, die die Interpellation eingereicht hat, also in diesem Falle die SPD-Fraktion. Herr Kollege von Brunn steht schon hier. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren heute aufgrund unserer Interpellation über den Zustand der Natur in Bayern. Eine Große Anfrage zu diesem Thema erschien der SPD-Landtagsfraktion mehr als dringend angesichts vieler negativer Nachrichten aus den Bereichen Umwelt und Naturschutz. Aus unserer Sicht war es höchste Zeit, eine Bilanz über den Zustand der Natur im Freistaat zu ziehen. Das ist natürlich auch eine Bilanz der Regierung Seehofer und ihrer bisherigen Umweltpolitik. Lassen Sie mich vorwegnehmen: Diese Bilanz fällt für die Natur nicht gut aus, und sie fällt auch für diese Staatsregierung nicht gut aus.

(Beifall bei der SPD)

Diese Bilanz ist tatsächlich miserabel. Genau das zeigt Ihre Antwort auf unsere Interpellation, auch wenn Sie viele wichtige Daten und Indikatoren nicht nennen wollen oder können, und auch wenn Sie sich selbst über den grünen Klee loben und unzähli-

ge vermeintliche Erfolge vermelden. Bezeichnend für dieses ungerechtfertigte Eigenlob ist schon die Vorbemerkung des Umweltministeriums. Dort ist die Rede von Bayerns Natur als unserem "Tafelsilber in Grün" und dem – natürlich richtigen – Auftrag, "sie für unsere nachfolgenden Generationen zu bewahren und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten". Nach solchen Gemeinplätzen folgt die übliche Litanei vom ersten Umweltministerium und der Pionierrolle Bayerns bei der Aufnahme des Umweltschutzes in die Verfassung, übrigens auf Antrag und Initiative der Sozialdemokratischen Partei.

(Beifall bei der SPD)

Aber, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist die Vergangenheit. In der Gegenwart rangiert die Umweltpolitik in der CSU unter "ferner liefen". Mit Josef Göppel ist der letzte renommierte Umweltpolitiker der CSU von der politischen Bühne abgetreten. Für viele der heutigen Kolleginnen und Kollegen der Regierungspartei sind "Umwelt und Naturschutz" offensichtlich ein Unwort. Ich darf daran erinnern: Es war die CSU, die in Berlin die Verabschiedung eines Umweltgesetzbuches verhindert hat. Es war das CSU-geführte Bayern, das sich seit Jahren weigert, die nationale Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Es war die CSU, die wesentlich eine europäische Bodenschutzrichtlinie verhindert hat. Es war diese Staatsregierung, die das Schutzgebiet "Der Hohe Buchene Wald" im Steigerwald aufheben ließ. Inzwischen scheinen Sie sich selbst dafür zu schämen; denn wie sonst käme es zu einer so offensichtlichen Falschaussage auf der Seite 11 Ihrer Antwort: "Es würden keine Schutzgebiete aufgehoben."

Noch dreister und zudem wahrheitswidrig wird das Eigenlob auf der Seite 47 der Antwort. Da schreiben Sie doch glatt: "Deutliche Erfolge sind zu sehen zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien ..." Wir haben nicht vergessen, dass es diese Staatsregierung war, die mit der sogenannten 10-H-Regelung den Ausbau der Windkraft in Bayern zum Erliegen gebracht hat. Das war ein schwerer Rückschlag für die Energiewende und für die Klimaschutzpolitik in Bayern. Mit der von Ihnen geplanten Änderung des Landesentwicklungsprogramms wird der Flächenverbrauch in Bayern weiter beschleu-

nigt. Sie wollen den Alpenplan manipulieren und internationales Umweltrecht missachten, um am Riedberger Horn eine Skischaukel möglich zu machen. Trotzdem müssen Sie in der Antwort auf die Interpellation selbst einräumen, dass beim Klimaschutz, beim Verlust biologischer Vielfalt, beim Flächenverbrauch und bei der Lärmbelastung viel mehr als bisher getan werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns auf die einzelnen Problembereiche eingehen; zunächst zum Stichwort Klimaschutz: Wir haben es gerade gehört. Die Prognosen für Bayern sind erschreckend. Demzufolge wird es im Freistaat Bayern einen Temperaturanstieg zwischen 3 und circa 4 Grad bis zum Ende dieses Jahrhunderts geben.

(Zuruf von der CSU)

– Hören Sie doch erst einmal zu. Warten Sie ab. Ganz ruhig. – Die schlimmsten Auswirkungen werden für die Arten und Lebensräume der Alpen erwartet, aber natürlich auch für die Forstwirtschaft, in der über 700.000 bayerische Waldbesitzer mit Extremwetterlagen und besonderem Schädlingsbefall rechnen müssen, ebenso die bayerischen Landwirte. Es wird Hochwasser in den Flüssen und Bächen geben, Sturzfluten sowie Hitzewellen in den Städten. Auch in der Klimapolitik klopfen Sie sich kräftig selbst auf die Schulter und verweisen auf die gute CO_2-Bilanz bei der Energieerzeugung, geschönt durch den bayerischen Atomstrom und das hohe Wasserkraftpotenzial, das es in anderen Bundesländern aufgrund der dortigen geografischen Umstände nicht gibt.

Natürlich klingt es gut, wenn Sie hochtrabende Pläne verkünden und den Ausstoß von Treibhausgasen pro Kopf in Bayern bis zum Jahr 2050 weiter senken wollen. Sie sollten aber der Ehrlichkeit halber auch dazusagen, wie Sie das konkret erreichen wollen; denn der Ausstoß von Treibhausgasen ist in Bayern zuletzt wieder gestiegen. In dem Bereich, der in Bayern den größten Anteil an klimaschädlichen Gasen produziert,

nämlich beim Verkehr, haben Sie gegenüber dem Jahr 1990 keinerlei Reduktion erreicht. Hier ist der Ausstoß von Treibhausgasen höher als damals.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Im Flugverkehr hat sich der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen seit dem Jahr 1990 sogar mehr als verdreifacht. Lösungsmöglichkeiten dafür gibt es. Sie schreiben in Ihrer Antwort auf der Seite 147, dass benachbarte Metropolen in Europa durch attraktive Fernverkehrszüge verbunden sein sollten, die, so die Staatsregierung wörtlich, "gegenüber Kurzstreckenflügen ... die bessere Alternative sind." Daraus kann man nur zwei Schlussfolgerungen ziehen: Erstens. Was hat der Bundesverkehrsminister der CSU in den letzten Jahren getan? Zweitens. Warum halten Sie eigentlich weiterhin an der dritten Startbahn fest?

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Unsere Forderungen sind ganz klar: Keine dritte Startbahn am Münchner Flughafen, und Schluss mit dem Steuerprivileg für den Flugverkehr. Natürlich brauchen wir einen besseren Ausbau des Bahnnetzes. Dazu gehören aber deutlich mehr Mittel, die Sie, egal, ob es um die CSU-Verkehrsminister im Bund oder in Bayern geht, lieber in den Straßenbau investieren. Ich illustriere das gerne mit Zahlen. Während die Schweiz pro Kopf der Bevölkerung und Jahr über 360 Euro in die Schiene investiert, sind es in Deutschland nur knapp über 60 Euro. Wir kennen die Zahlen für Bayern nicht. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie solche Zahlen in die Antwort auf die Interpellation aufnehmen.

Nehmen wir die Elektrifizierung des bayerischen Bahnnetzes als Beispiel. Bayern liegt mit 52 % elektrifizierter Bahnstrecken deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 59 %. Wir haben zwei große Dieselwüsten, nämlich im Allgäu und in Nordostbayern. Bayern liegt bei der Elektrifizierung der Bahn deutlich hinter Österreich mit 68 % und der Schweiz mit 99 %. Das schreiben Sie selbst auf der Seite 143 und geben dem

Bund die Schuld, das heißt, Ihren eigenen Verkehrsministern Alexander Dobrindt und Peter Ramsauer. Das ist ein eigentümliches Schwarzer-Peter-Spiel.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir erfolgreich mehr Klimaschutz betreiben wollen, dann müssen mehr Güter auf die Schiene verlagert werden. Auch hier ist Ihre Bilanz mehr als mau. Der Radwegebau ist wichtig. Das unterstützen wir. Fragwürdig wird es nur, wenn eine Bayerische Staatsregierung im Jahr mehr Geld für den Radwegebau ausgibt als für die Verlagerung von Transporten auf umweltfreundliche Verkehrsträger. Das zeigt, wie unterfinanziert dieser Bereich bei Ihnen ist.

Da ist es auch kein Wunder, dass der relative Anteil der Güterverkehrsleistungen auf der Schiene von 1991 bis 2013 von 20,5 auf 17,5 % gefallen ist. Das ist eine schlichte Katastrophe vor dem Hintergrund, dass sich die Güterverkehrsleistung nach Ihrer eigenen Verkehrsprognose Bayern 2025 bis zu dem genannten Jahr um über 50 % erhöhen soll.

Ihre Verkehrspolitik geht umwelt- und klimapolitisch immer noch in die falsche Richtung. Wenn wir in Bayern ernsthafte Klimaschutzpolitik machen wollen, dann brauchen wir eine Verkehrswende hin zu einem umweltfreundlichen, das heißt auch vorrangig öffentlichen Verkehr.

(Beifall bei der SPD)

Wesentlich für eine seriöse Klimapolitik ist aber auch eine ehrliche Bestandsaufnahme. Dazu gehört eine Verursacherbilanz für den Ausstoß von Treibhausgasen, die alle Verursacher einschließt. Die sind Sie uns bisher aber schuldig geblieben. In Ihrer Antwort lassen Sie im Übrigen den Anteil der Landwirtschaft am Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase einfach unter den Tisch fallen. Ihre Zahlen legen aber nahe, dass die Landwirtschaft in Bayern mit rund 15 % beteiligt ist.

Ein anderes Thema, das uns Sorgen macht, ist die Umweltkriminalität. Als Beispiel nenne ich die Vergehen gegen den Artenschutz. Sie schreiben hier zu Recht: "In jüngster Zeit haben sich Verstöße gegen artenschutzrechtliche Vorschriften massiv erhöht." Die Zahlen sind erschreckend. Allein sieben getötete Luchse vom Jahr 2010 bis heute, mehrere getötete Fischotter, rund 100 gewilderte Greifvögel, Störche und Reiher. Das sind widerwärtige Taten von Kriminellen, die dem Natur- und Artenschutz schweren Schaden zufügen. Gerade die Luchstötungen sind bestandsgefährdend. Die Aufklärungsquote bei diesen Vergehen ist leider in keiner Weise befriedigend. Hier versagt diese Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt sich schon daran, dass sich die Anzahl der Überstunden der Polizeibeamten des Fachbereichs Umwelt – SG 625 – im Landeskriminalamt von 2011 bis 2015 verdoppelt hat. Sie setzen in diesem Bereich viel zu wenige Leute ein!

Aber auch bezüglich anderer Straftaten, wie beispielsweise Boden- oder Gewässerverunreinigungen, bietet die Interpellation viel Stoff zur Diskussion. Ein Beispiel aus dem Anlagenband: Demnach sind 54.000 Liter Öl aus dem Öltank eines Altersheims über Jahre hinweg unbemerkt versickert und haben den Boden kontaminiert. Es gab aber nie Beanstandungen bei Überprüfungen. Schlussendlich konnte auch kein Verantwortlicher ermittelt werden. Oder ein anderes Beispiel: 300 Tonnen aufbereiteter und ausgebrachter Kompost war nach Angaben der ermittelnden Polizeibeamten deutlich sichtbar mit tausenden Teilen aus Plastik, Kunststoff, Glas, Keramik, Styropor und Tablettenhüllen durchsetzt. Teilweise waren diese Teile nach Aussagen der Polizei bis zu fünf Zentimeter groß. Nach einem Sachverständigengutachten und einer sogenannten repräsentativen Beprobung hat die zuständige Staatsanwaltschaft das Verfahren aber eingestellt, weil angeblich keine schädliche Bodenverunreinigung nachweisbar war.

Das alles müssen Sie der Öffentlichkeit, das müssen Sie den Menschen erklären, das versteht doch kein Mensch! Gerade in der Umweltkriminalität gibt es offensichtlich Defizite bei der Aufklärung und der Strafverfolgung. Aus unserer Sicht sind das keine Kavaliersdelikte. Wir fordern sie deshalb auf, die Strafverfolgungsbehörden in diesem Bereich zu stärken und darauf hinzuwirken, dass etwaige Regelungslücken auch geschlossen werden.

(Beifall bei der SPD)

Bezüglich der Artenvielfalt in Bayern spielen andere Faktoren eine negative Rolle. Immerhin räumt die Staatsregierung hier selbst massive Defizite ein. Ich zitiere: "Der tiefgreifende Landschafts- und Nutzungswandel hatte enorme Verluste an Biodiversität zur Folge".

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Es gebe, so teilt die Staatsregierung in ihrer Antwort mit, zwar vereinzelt Erfolge, aber die eigenen Aktivitäten seien nicht ausreichend, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Das sind die Ziele der "Bayerischen Biodiversitätsstrategie" beziehungsweise des im Sommer 2014 verabschiedeten "Biodiversitätsprogramms Bayern 2030".

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist hochinteressant!)

Der Zustand der Natura-2000-Lebensräume, also der europäischen Schutzgebiete, hat sich in Bayern fast durchgängig verschlechtert. Wahrscheinlich hätten wir ein noch viel düsteres Bild der Lage in den FFH- und Vogelschutzgebieten, aber es fehlt schlichtweg an den Daten. Auch die Roten Listen werden von Ihnen nur in großem zeitlichen Abstand, um nicht zu sagen, nur sporadisch, aktualisiert. Trotzdem ist erkennbar, so die Interpellation, dass die Mehrheit der gefährdeten Tierarten seit 1976 mehr oder minder deutliche Rückgänge aufweist. Das hat verschiedene Ursachen. Die Umweltministerin hat sich laut Presseberichten vor nicht einmal zwei Wochen zwar bei dem Kreisbauerntag in Moosburg gegen, ich zitiere, "grüne Verleumdungen" verwahrt,

wonach die Bauern Umweltzerstörer seien. In der Antwort auf diese Interpellation werden aber die Probleme der Intensivlandwirtschaft von der Staatsregierung selbst angesprochen, und zwar in einer erstaunlichen Offenheit, die wir sonst gar nicht kennen. Ich zitiere aus Ihrer Antwort: "Der Nutzungswandel in der Landwirtschaft hat die Lebensgemeinschaften der offenen Kulturlandschaft verändert und an Arten und Individuen drastisch reduziert". Soweit Ihre Antwort. Und weiter: Der Rückgang des überwiegenden Teils der Rote-Liste-Arten ist, so die Staatsregierung, vorrangig auf die intensive landwirtschaftliche Nutzung zurückzuführen. Sogar ehemalige Allerweltsarten wie Feldhase, Rebhuhn oder Feldlerche seien von dem Rückgang auf massive Art und Weise betroffen, schreibt die Staatsregierung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir ehrlich sind, dann würden Sie das, wenn das von der Opposition vorgetragen würde, hier lauthals bestreiten. Ich unterstreiche deshalb noch einmal ausdrücklich: Das sind die Antworten der Bayerischen Staatsregierung auf die Fragen in der Interpellation der SPD-Fraktion.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Insofern bedanke ich mich für die klaren Worte zu diesem Thema. Ich hoffe, dass wir auf dieser Grundlage die bayerischen Bauern dann weit stärker als heute darin unterstützen können, naturschonend und naturerhaltend zu wirtschaften. Das heißt aber auch, dass wir die Förderpolitik auf den Prüfstand stellen. Wir müssen den Vertragsnaturschutz deutlich ausbauen; denn der umfasst derzeit gerade einmal 2 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Wir sollten besser 10 % als Zielmarke ins Auge fassen.

Dazu gehört natürlich auch die deutliche Reduzierung des Dünger- und Pestizideinsatzes. Die streben offensichtlich auch Sie an; denn Sie formulieren in der Antwort auf die Interpellation wörtlich: "Ziel ist es, Dünge- und Pflanzenschutzmittel nur so viel wie unbedingt nötig und so wenig wie möglich einzusetzen". Das ist insbesondere vor dem Hintergrund der Nitratproblematik auch mehr als notwendig. Auch hier haben Sie sich endlich zu der Erkenntnis durchgerungen dass zusätzlich zur Fortführung der freiwilli-

gen Maßnahmenprogramme auch eine Anpassung des Düngerechts dringend notwendig ist. Wenn ich die von Ihnen vorgelegten Zahlen richtig interpretiere, dann liegt der Düngemitteleinsatz in Bayern derzeit rund ein Viertel oberhalb der Aufnahmegrenze. Das ist auch ein Grund dafür, dass in den letzten fünf Jahren nicht nur 75 Brunnen in Bayern aufgrund zu hoher Nitratwerte stillgelegt werden mussten, sondern dass wegen der Nitrat- und Pflanzenschutzmittel 25 % der Grundwasserkörper in Bayern weiterhin in einem chemisch schlechten Zustand sind. Auch das steht in der Antwort auf unsere Interpellation.

Aus den oben genannten Gründen sehen wir den weiteren Ausbau der Ökolandwirtschaft als dringend notwendig an. Wir anerkennen in diesem Zusammenhang durchaus die Anstrengungen des derzeitigen Staatsministers. Sie reichen aber nicht aus, wenn Sie das Ziel erreichen wollen, das in der Regierungserklärung vom April 2012 formuliert wurde, nämlich die Verdoppelung der Ökoproduktion bis zum Jahr 2020. Derzeit liegt die Staatsregierung sowohl bei der Zahl der Betriebe als auch bei der bewirtschafteten Fläche deutlich hinter diesem Ziel zurück. Es muss also noch sehr viel mehr passieren, als im Moment geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres großes Problem im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt in Bayern sind der Flächenverbrauch und die Zerschneidung der Landschaft. Es ist schön, dass auch Sie inzwischen zu der Erkenntnis gelangt sind, dass langfristig, und hier zitiere ich wieder wörtlich, "eine Flächenkreislaufwirtschaft ohne weiteren Flächenneuverbrauch" anzustreben sei. Sie müssen dieser Erkenntnis aber auch Taten folgen lassen. Im Gegenteil, mit der Änderung des Landesentwicklungsprogramms heizen Sie den Flächenverbrauch doch noch weiter an.

Auch bei der Zerschneidung von Lebensräumen ist Ihre Bilanz mehr als schlecht. Die Zahl der unzerschnittenen, verkehrsarmen Räume hat drastisch abgenommen, allein in den 20 Jahren von 1975 bis 1995 um rund die Hälfte. Das führt zu einer Verinselung

und damit zu einer Gefahr für die genetische Vielfalt der in Bayern lebenden Tier- und Pflanzenarten.

Als Fazit aus Ihrer Antwort auf unsere Interpellation zum Zustand der Natur in Bayern ist feststellbar: Soweit Sie überhaupt Daten vorlegen können, müssen wir feststellen, dass Sie das "grüne Tafelsilber" Bayerns im Gegensatz zu Ihren Aussagen nicht bewahren. Der Zustand der bayerischen Natur verschlechtert sich vielmehr mit rasanter Geschwindigkeit. Es gibt einzelne Erfolge, doch wie Sie selbst eingestehen müssen, halten diese den rasanten Trend nach unten nicht auf. Mit Blick auf das Riedberger Horn und die Änderungen des Landesentwicklungsprogrammes kann man nur schlussfolgern: Sie verwandeln Bayern Stück für Stück in einen Selbstbedienungsladen, in dem dieses "grüne Tafelsilber", in dem bayerische Natur und Landschaft, verscherbelt werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich darf dem Hohen Haus noch bekannt geben, dass sich Herr Staatsminister Brunner krank gemeldet hat.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er hat die Grippe!)

Es ist also kein Desinteresse, wenn er nicht da ist. Bitte schön, Frau Kollegin Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Wenn man dem Kollegen von Brunn zuhört, hat man den Eindruck, dass die CSU wohl auch für das Aussterben des Säbelzahntigers verantwortlich ist. Ich glaube, Sinn der Interpellation heute soll sein, dass wir uns mit Fakten beschäftigen und dass wir die Ergebnisse vor allen Dingen sachlich und objektiv analysieren.

Es sind sehr wohl deutliche Erfolge bei den erneuerbaren Energien, im Gewässerschutz und bei der Ressourcenproduktivität zu sehen. Hier laufen die Entwicklungen

nach den Maßnahmen, die in den letzten Jahren ergriffen worden sind, in die richtige Richtung. Verbesserungen sind notwendig bei der Reaktion auf den Klimawandel, den Verlust biologischer Vielfalt und den Flächenverbrauch. Aber auch hier hat die Staatsregierung, hat das Umweltministerium die richtigen Maßnahmen ergriffen und zeigt richtige Wege auf.

Betrachten wir zuerst die Biodiversität. Ich verweise auf das "Biodiversitätsprogramm Bayern 2030". Damit wird das Ziel verfolgt, bis 2020 die biologische Vielfalt in Agrarökosystemen wieder deutlich zu erhöhen. Insbesondere sollen die Populationen der Mehrzahl der für die agrarisch genutzten Kulturlandschaften typischen Arten, insbesondere von wildlebenden Arten, gesichert werden, sollen wieder zunehmen. Das sind Punkte, die zum Beispiel allein durch einen Wildlebensraumberater im Kleinen auch angedacht worden sind. Insbesondere erfolgt der Schutz durch die verstärkte landwirtschaftliche Nutzung. Es gibt Untersuchungen, die beweisen, dass nicht nur das Verwildernlassen, sondern auch das sinnvolle Nutzen die Biodiversität stärkt.

Ich greife ein paar Punkte zum Naturschutz allgemein heraus: Das Kulturlandschaftsprogramm und das Vertragsnaturschutzprogramm bieten umfangreiche Fördermaßnahmen für eine naturschonende landwirtschaftliche Nutzung. In die bayerischen Agrarumweltprogramme sind circa 50 % der bayerischen Landwirte mit rund einem Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche eingebunden. Der Anteil der Flächen für Naturschutzziele ist zwischen 1990 und 2004 stark gestiegen, er liegt seit 2006 konstant bei 14 % der Landesfläche. Nennen Sie mir ein Bundesland, das mehr einbringt!

Im Vertragsnaturschutzprogramm leisten diese Flächen einen wertvollen Beitrag zur Arten- und Strukturvielfalt der Agrarlandschaft. Von 2000 bis 2015 wuchsen die Vertragsnaturschutzflächen in der Landwirtschaft auf insgesamt 80.000 Hektar, mit Schwerpunkt im Grünlandbereich. Im Jahr 2000 hatten wir noch 50.300 Hektar, im Jahr 2015 waren es schon 80.000 Hektar, Tendenz steigend. Derzeit beteiligen sich 18.000 Landwirte am VNP. Durch Untersuchungen wurde zudem belegt, dass die Biodiversität aller untersuchten Biotop- und Lebensraumtypen, auch VNP-Grünland- und

Ackerflächen sowie in den VNP-Teichen signifikant höher ist als auf den nicht geförderten Vergleichsflächen. Das zeigt, dass dieses Programm greift.

(Florian von Brunn (SPD): Auf 2 % der landwirtschaftlichen Fläche!)

Außerdem hat das VNP hauptsächlich Kleinbauern angesprochen. Das ist auch eine Aussage – dazu komme ich später bei der Landwirtschaft noch –, die uns gerade in Bezug auf die Landwirtschaft sehr wichtig ist.

Am Kulturlandschaftsprogramm beteiligen sich sehr viele Landwirte. Um die Umwelt zu schützen, nehmen sie freiwillig mehr Bürokratie auf sich. Im neuen Kulturlandschaftsprogramm stehen in den beiden kommenden Jahren 520 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind fast 69 Millionen Euro mehr als im laufenden Doppelhaushalt. Bei all diesen Punkten sollte man also nicht außer Acht lassen, wie viel Geld wir hier investieren und welchen Stellenwert wir diesen beiden Bereichen dadurch zumessen.

(Beifall bei der CSU)

Schwerpunkte im KULAP sind der Klimaschutz, der Boden- und der Gewässerschutz, die Biodiversität und die Artenvielfalt und unsere Kulturlandschaft. Wir fördern den ökologischen Landbau. Auch das ist eine wichtige Säule unseres KULAP. Außerdem bietet das KULAP ein vielfältiges Portfolio aus gesamtbetrieblichen sowie betriebszweigbezogenen Maßnahmen für Einzelflächen, die zudem kombiniert werden können. Das heißt, maßgeschneiderte Lösungen für die unterschiedlichsten Betriebstypen sind möglich. Ein besseres Umweltprogramm als das KULAP gibt es nicht.

(Beifall bei der CSU)

In Anbetracht dessen, dass es in der Interpellation 343 Seiten sind, erlaube ich mir, einige Dinge punktuell herauszugreifen. Nehmen wir die Pflanzenarten: Es ist klar, dass der Magerrasen bei uns eine der wertvollsten Naturflächen ist. Im Magerrasen wird durch die Huteschafbeweidung intensiv auch an der Biodiversität gearbeitet. Ich darf an diesem Punkt auch exemplarisch auf das Naturschutz-Großprojekt Altmühllei-

ten verweisen, das erst vor Kurzem seinen Abschluss gefunden hat und mit dem eine deutliche Verbesserung der Biodiversität erreicht worden ist.

Weil die Landwirtschaft von der SPD immer so an den Pranger gestellt und geschunden wird,

(Volkmar Halbleib (SPD): Na, na, na! Es war Ihr eigenes Ministerium! – Florian von Brunn (SPD): Wir haben zitiert!)

sage ich: Wir haben einen bayerischen Sonderweg; wir haben das Landwirtschaftsförderungsgesetz von 1970, das zum Ziel hat, die bäuerlichen Strukturen zu erhalten. Das tun wir auch. Deswegen fördern wir auch ganz gezielt den ökologischen Landbau. Ressourcenschonende Bewirtschaftung und umweltverträgliche landwirtschaftliche Produktion sind unsere Ziele. Auf den Einsatz chemisch-synthetischer Hilfsmittel soll konsequent verzichtet werden. Das schont nicht nur die Gewässer, sondern trägt auch zur Vielfalt der Arten bei. Auch wenn seit 1994 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen ist, muss man anerkennen, dass wir immer noch besser werden können; es gibt keinen Ist-Zustand oder Soll-Zustand. Mich begeistert es immer sehr, wenn ich sehe, wie sich andere, rot-grün-regierte Bundesländer an uns orientieren und sich unsere Programme zum Beispiel nehmen.

Zugleich ist auch die Nachfrage nach Produkten aus dem ökologischen Landbau in den letzten Jahren weiter stark gewachsen. Wir wollen weiterhin eine Ausweitung der landwirtschaftlich ökologisch genutzten Flächen erreichen. Ich bin sicher, dass wir die 10 % in wenigen Jahren erreichen werden. Nach oben ist alles offen.

Die Politik kann und will den Ökolandbau allerdings nicht verordnen, sondern nur die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Ich finde es schon etwas befremdlich, dass immer der reguläre landwirtschaftliche Anbau gegen den Ökolandbau gesetzt wird. Unsere Landwirte machen hier eine vernünftige und für uns wichtige Lebensmittelproduktion.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Haben Sie denn eine der Antworten der Staatsregierung gelesen?)

Ich darf hier auf das Landesprogramm "BioRegio Bayern 2020" verweisen, das auch vom Bund Naturschutz gelobt wird. Hierin haben wir unterschiedliche Maßnahmen ergriffen: Wir haben 12 Öko-Modellregionen, wir haben ein neues bayerisches Bio-Siegel, wir haben den Aufbau eines landesweiten Netzes von 90 Bio-Regio-Vorzeigebetrieben, wir haben ein Kompetenzzentrum für Ernährung und, und, und.

Es gäbe hier noch jede Menge weiterer Punkte zu nennen, vielleicht auch einmal das Thema Rote Liste. Es ist richtig: Die Arten gehen zurück. Die Auskunft des Umweltministeriums besagt aber eindeutig, dass durch in Bayern gefahrene Artenhilfsprogramme eine deutliche Verbesserung der Situation erkennbar ist. Wenn Sie sich die Übersicht in der Interpellation anschauen, sehen Sie Verbesserungen und einen stabilen Zustand.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind alternative Fakten, die Sie hier von sich geben!)

Die Gegenmaßnahmen, unsere bayerische Biodiversitätsstrategie, wird, denke ich, auch bei den Rote-Liste-Arten greifen.

(Florian von Brunn (SPD): Schönreden, das ist das Einzige, was Sie machen!)

Ein Beispiel ist für mich auch das Thema Bienen. Wir haben verstärkt auch vonseiten der beiden Ministerien in den letzten Jahren im Bereich der Imkerei nicht nur die Mittel erhöht, sondern auch erreicht, dass Bayern bundesweit mit Abstand die meisten Mittel zur Verfügung stellt. Durch das Fachzentrum in Veitshöchheim werden gleichzeitig wichtige Impulse für unsere Landwirtschaft und unsere Umwelt gegeben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie mal nach!)

Ich möchte hier noch exemplarisch den Wildlebensraumberater nennen, den es in jedem Bezirk gibt. Hier wird nicht nur neu in die Umwelt eingegriffen, es werden neue Strukturen geschaffen, sondern es werden aus meiner Sicht Erfolge erzielt.

Der Flächenverbrauch wird immer sehr gerne genannt. Wir haben keinen Flächenfraß, sondern einen Flächenverbrauch, der angesichts der Bevölkerungsentwicklung in Relation zur Flächennutzung gesehen werden muss. Was sind denn die Gründe für die Landesentwicklung und den Flächenverbrauch? – Es ist einerseits eine Reaktion auf den drastischen Anstieg der Bevölkerung. 1960 hatten wir 9,5 Millionen Einwohner, im Jahr 2000 12,2 Millionen Einwohner, und wir erwarten für das Jahr 2035 13,5 Millionen Einwohner. Das heißt, wir brauchen mehr Arbeitsplätze, wir brauchen auch Gewerbeflächen, vor allen Dingen in den ländlichen Regionen. Wir müssen die Metropolen entlasten. Wir brauchen auch die notwendige Infrastruktur. Der Verkehr ist da. Wir haben, wie gesagt, zwei Millionen Einwohner mehr seit 1990. Auch der Wohnraum ist ein wichtiger Aspekt. Sicherlich erfreut uns alle die Geburtensteigerung im ländlichen Raum im vierten Jahr in Folge. Fakt ist: Bayern ist das Land mit dem geringsten Besiedelungsanteil aller Länder Westdeutschlands.

Der Anteil von Siedlungs- und Verkehrsflächen beträgt in Bayern gerade einmal 11,9 %; der Durchschnitt liegt bei 13,7 %. Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Bayern verläuft auch im Verhältnis zur Entwicklung der Bevölkerung moderat. 1980 waren es 8 %, und 2015, nach mehr als 30 Jahren, 11,9 %. In Relation zur Entwicklung der Bevölkerung ist das ein vernünftiges Anwachsen. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, dass der Anteil der versiegelten Flächen in Bayern bei nur 6 % liegt; das ist in Deutschland der geringste Anteil.

Für mich und für die Staatsregierung ist langfristig eine Flächenkreislaufwirtschaft ohne weiteren Flächenverbrauch das Ziel.

(Florian von Brunn (SPD): Machen Sie das doch!)

Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch ist sinnvoll. Aber die Produktivität der Siedlungs- und Verkehrsflächen ist gestiegen und soll auch weiter steigen. Deshalb brauchen wir ein flächensparendes und bodenschonendes Bauen in Bayern. Da ist es eigentlich ganz spannend, sich anzuschauen, wie sich die Flächeninanspruchnahme pro Jahr in Hektar entwickelt hat. Die stärkste Entwicklung verzeichnen wir im Jahr 2000 mit 10.413 Hektar. Im Jahr 2014 waren es nur noch 3.940 Hektar.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben die Statistik umgestellt!)

Die Tendenz ist also sinkend. Die Flächeninanspruchnahme in Quadratmeter pro Einwohner betrug im Jahr 2000 8,5 und im Jahr 2012 5,0. Bei der Wohnfläche je Person in Bayern dürfen wir alle auch an unsere Nase fassen. Lag sie 1950 noch bei 15 m^2, so sind wir im Jahr 2011 bei 43,9 m^2. Ich empfehle jedem, einmal seine eigene Quadratmeterzahl zu reflektieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen das akzeptieren und Ja zum Wachstum sagen, und wir müssen deshalb auch einen Weg finden, den Flächenverbrauch damit in Einklang zu bringen. Ich denke, dass uns das auch ganz gut gelingt.

Vielleicht auch noch ein paar Sätze zur Staatsregierung und zum Waldschutz. Wir haben immerhin bei 50 % der landwirtschaftlichen Fläche ein Drittel Wald. Ich war vor Kurzem mit meinen Förstern unterwegs. Sie sagen eindeutig: Die Gesundheit des Waldes bessert sich. Das heißt, auch hier gibt es Positives zu berichten. Aber wir greifen auch sofort mit Umweltprogrammen ein, wenn es nötig ist. So ist zum Beispiel beim Waldumbau eine landesweite Offensive Waldumbau 2030 zu verzeichnen, mit der wir die bayerischen Wälder in klimatolerante Mischwälder umbauen wollen, damit sie widerstandsfähiger gegen Stürme und Insektenbefall werden. Ich muss sagen, al-

lein das 100-Millionen-Sofortprogramm, das in den letzten Wochen und Monaten vonseiten der Staatsregierung aufgelegt worden ist, verdient allen Respekt.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Seit zwei Wochen!)

Zum Thema Wasser ein paar Fakten, die ebenfalls in der Interpellation zu finden sind. Wir müssen sehen, dass gerade die Durchgängigkeit der bayerischen Fließgewässer auch historisch zu sehen ist. Vieles, was jahrhunderte- oder jahrzehntelang gewachsen ist, ist heute zu bearbeiten. Wir stellen uns dieser Thematik und suchen auch nach Lösungen. Bis 2021 sind an über 60 % der Flusswasserkörper Maßnahmen zur Verbesserung der Durchgängigkeit vorgesehen. Bayern investiert hier in Forschung, unter anderem zur Durchlässigkeit und zum Schutz von Fischen bei den derzeit 4.200 Wasserkraftwerken. Ich denke, dass wir dieser Thematik sehr offensiv gegenüberstehen.

Auch im Bereich der Renaturierung wurden in den letzten Jahrzehnten große Anstrengungen unternommen. Für ökologische Maßnahmen an Gewässern wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 38 Millionen Euro pro Jahr ausgegeben, der größte Teil davon für die Gewässer erster Ordnung.

Was immer so gescholten wird, wenn wir über das Wasser sprechen, ist das Nitrat. Schauen wir uns doch einmal an, wie die vielen Zahlen, die gerade durch die Gegend geistern, zu deuten sind. Der Studie des Umweltbundesamtes zu Nitrat entnehmen wir den Fakt, dass von wenigen Messstationen, bei denen tatsächlich überhöhte Werte gemessen wurden, einfach auf ganz Deutschland hochgerechnet wurde. Das wäre dasselbe, wie wenn ich hier von jeder Fraktion eine Person herausgreifen und behaupten würde, alle seien blond, im Durchschnitt seien alle 1,70 m groß, und alle würden 95 Kilo wiegen. Das wäre genauso unfair, wie dort gearbeitet worden ist.

Die Nährstoffbelastung im Grundwasser hat mehrere Gründe, nämlich die Düngung in der Landwirtschaft, den Verkehr, die Industrie und die Niederschläge. Es gibt in Deutschland mehr als 1.200 Messstellen, und die EU-Umweltagentur sagt, dass das

Wasser bei 82 % der Messstellen in Ordnung ist, in Bayern bei 97 %. Ich denke, dass man diese Fakten durchaus nennen darf.

Man muss zudem zwischen Grundwasser und Rohwasser unterscheiden. Manchmal ist es ganz gut, wenn man nicht hysterisch ist, sondern sich die Fakten anschaut. Die Nitratbelastung von Rohwasser in der öffentlichen Wasserversorgung geht leicht zurück; Quelle ist hier das LfU. 2011 waren noch 8,5 % der geförderten Rohwassermenge stark belastet, 2015 sind wir schon bei 6,4 %. Ein Grund hierfür ist die Außerbetriebnahme belasteter Brunnen, aber auch die Kooperation mit der Landwirtschaft und dem Wasserschutz.

Zum Nitrat im Grundwasser: Es gibt hier momentan keine Tendenz, weder eine Verbesserung, noch eine Verschlechterung. Allerdings sind die Nitratwerte in den Fließgewässern bei allen 62 Messstellen in Bayern deutlich zurückgegangen. Zwischen 2013 und 2015 lag der Wert an keiner Messstelle bei Fließgewässern über dem Grenzwert.

In den Seen sind abnehmende Werte fast nicht mehr möglich, da die Nitratwerte gegen null gehen. Ich finde, auch solche Fakten dürfen angesprochen werden. Ich verweise auch hier auf Maßnahmen der Staatsregierung gegen Nitrat: Der Wasserpakt von Staatsminister Helmut Brunner und Staatsministerin Scharf wurde im Frühjahr beschlossen. Darin hat man sich mit Erzeugern, Wasserversorgern, Verbänden und Institutionen zusammengeschlossen, um ein gemeinsames Ziel zu verfolgen.

Zum Klimawandel: Ich glaube nicht, dass der Klimawandel allein in Bayern stattfindet und allein auf die CSU zurückzuführen ist.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Na ja!)

– Ich weiß schon, das würde euch so passen. Ich denke, dass wir in der Erdgeschichte immer einen Klimawandel gehabt haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Trump auch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber seit Beginn des Industriezeitalters haben wir die Atmosphäre der Erde durch unser wirtschaftliches Handeln in kurzer Zeit grundlegend und schneller, als dies allein durch natürliche Prozesse hätte geschehen können, verändert. Deswegen haben wir das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 aufgelegt. Um den Klimawandel möglichst einigermaßen beherrschbar zu halten, muss der globale Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius begrenzt werden. Wir in Bayern stellen uns unserer Verantwortung für den Klimaschutz.

(Florian von Brunn (SPD): Sie reden viel, aber Sie machen nichts!)

Bis 2050 soll in Bayern der Ausstoß aller Treibgase auf weniger als zwei Tonnen pro Kopf und Jahr gesenkt werden.

(Florian von Brunn (SPD): Dieses Ziel steht nur auf dem Papier!)

Ich denke, ich konnte an einigen Punkten deutlich machen, dass es in Bayern zahlreiche und vielfältige Leistungen gibt, die in besonderem Maße dem Naturschutz dienen. Hier sind vor allem das KULAP und das Screening hervorzuheben. Der überwiegende Teil dieser vom Freistaat Bayern massiv geförderten Programme fällt in den Bereich der Biodiversität und trägt damit unmittelbar zum Schutz und Erhalt unserer Natur bei. Vor allem das KULAP ist eine echte bayerische Erfolgsgeschichte. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist der Erfolgsfaktor für kooperativen Umwelt- und Naturschutz hier in Bayern. Jeder zweite bäuerliche Betrieb beteiligt sich, jeder dritte Hektar in Bayern wird gemäß einem Agrarumweltprogramm bewirtschaftet. Gerade diese Beispiele zeigen: Ertragreiche Bewirtschaftung und nachhaltiger Umweltschutz sind auf ein und derselben Fläche durchführbar.

Ich glaube, dass mittlerweile ein Bewusstseinswandel auf allen Ebenen eingetreten ist. So haben zum Beispiel die bayerischen Bauern ganz ohne staatliche Fördermaßnahme bereits 2011 die Initiative "Blühende Rahmen" gestartet, ein Projekt, welches auch 2014 mit dem European Bee Award ausgezeichnet wurde. Auf diese Weise sind ganz einfach und ohne große politische Programme mehr als 500 km Blühender Rah-

men als bienenfreundliche und insektenfreundliche Blühstreifen geschaffen worden – ganz freiwillig.

Aber auch auf politischer Ebene hat ein Umdenken stattgefunden, beispielsweise im Hinblick auf den Klimawandel. In unseren Wäldern findet bereits ein Umbau hin zu klimaneutralen Mischwäldern statt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht dennoch rasch voran, und die Schadstoffe in der Luft gehen spürbar zurück. Es ist vollkommen berechtigt und auch notwendig, einzelne Kritikpunkte anzusprechen und danach zu streben, besser zu werden. Allerdings ist es absolut überflüssig, wie hier vonseiten der SPD übertrieben wird und Dinge vollkommen verzerrt wiedergegeben werden.

(Florian von Brunn (SPD): Aus der Antwort auf unsere Interpellation!)

Die Umstellung von Kernkraft auf regenerative Energien ist ein nationaler Kraftakt, und viele schauen auf uns und beobachten, wie wir ihn bewältigen werden.Da ist es völlig unverständlich, wenn vonseiten der Opposition jedes Windrad, jede Photovoltaikanlage und jedes Wasserkraftwerk aus Gründen des Tier- und Naturschutzes infrage gestellt werden.

(Lachen bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Lächerlich! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollen auch gesunde Lebensmittel anbauen, Arbeitsplätze erhalten, Wohnraum schaffen und die Energiewende erfolgreich durchführen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Unfähig! – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dafür müssen wir weiterhin behutsam in die Natur eingreifen und die bayerische Landschaft im Interesse der Bürger gestalten. Wir tun das schonend mit der notwendigen Nachhaltigkeit und Verhältnismäßigkeit.

Mit einer objektiven Betrachtung kann man durchaus zu dem Schluss kommen, dass wir Positives für unsere Natur in Bayern bewerkstelligen können. Aber dass wir nicht am Ende sind, ist auch klar geworden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin Schorer-Dremel, vielen Dank. Bleiben Sie bitte noch am Pult. – Ich sage das noch einmal für alle Kolleginnen und Kollegen: Man kann auf dieser neuen Anzeige auch lesen, ob es eine Intervention geben wird oder nicht. Wir alle sind noch nicht darin geübt, den Blick auf Herrn Rinderspacher zu richten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber das werden wir in Zukunft tun.

(Isabell Zacharias (SPD): Es gibt Schlimmeres, Frau Kollegin!)

Uns liegt eine Intervention des Kollegen von Brunn vor. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Frau Kollegin Schorer-Dremel, Sie haben gerade meine Ausgangsbemerkung bestätigt, dass die Umweltpolitik tatsächlich keinen guten Stand bei der CSU hat; denn keine einzige These in meiner Rede war von der SPD, sondern das alles stammte aus der Antwort der CSU-Staatsregierung auf unsere Interpellation.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie größtenteils das Gegenteil der Wahrheit gesagt haben, kann ich Ihnen an vielen Beispielen verdeutlichen. Das lässt mich zu der Schlussfolgerung kommen – ich will Ihnen nicht zu nahetreten – dass Sie die Interpellation noch nicht einmal gelesen haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Denn die Kritik an der Intensivlandwirtschaft ist von Ihrer Staatsregierung dort hineingeschrieben worden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Tatsachen, dass 75 Brunnen geschlossen werden mussten, dass 25 % der Grundwasserkörper in chemisch schlechtem Zustand sind und dass wir einen rasanten Artenschwund haben, wurden von Ihrer Staatsregierung erwähnt.

Bitte hören Sie mit dem Mythos auf, dass KULAP ein bayerisches Programm sei, denn die Hälfte der finanziellen Mittel stammen vom Bund oder aus Europa.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Na und?)

Das sollten Sie der Ehrlichkeit halber dazusagen; damit haben Sie es dieses Mal nicht so ganz gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe tatsächlich die 343 Seiten gelesen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber ich lese nicht mit einer roten Brille, sondern ich versuche, das objektiv zu machen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Dann haben Sie die Brille nicht aufgehabt!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schorer-Dremel. – Unser nächster Redner ist der Kollege Zierer. Bitte schön, Herr Zierer

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal danke ich der SPD-Fraktion für die Interpellation, aber auch den Mitarbeitern im Umweltministerium. 340 Seiten Text und noch einmal genauso viele Seiten Anlagen – darin steckt eine Menge Arbeit.

Wir können diese Interpellation als Leitfaden für unsere zukünftige Politik und für unsere Arbeit sehen. Die Interpellation bestätigt im Wesentlichen unsere bisherige Einschätzung vom Zustand der Natur in Bayern. Es ist um unsere Umwelt wahrlich nicht so schlecht bestellt, wie es manche in diesem Haus herbeireden möchten.

Aber es gibt auch Bereiche, in denen wir uns mit dem momentanen Zustand nicht zufriedengeben dürfen. Ich möchte beim wichtigsten Thema, dem Klimaschutz anfangen. Die Forschungsergebnisse, auf die sich die Staatsregierung bezieht, sind alarmierend. Bis zum Ende des Jahrhunderts wird für Bayern ein Temperaturanstieg von bis zu 3,6 Grad erwartet. Ich will nicht ins kleinste Detail gehen, aber die Bandbreite negativer Folgen, die die Staatsregierung aufführt, ist riesengroß. Der Klimawandel hat negative Auswirkungen auf Tiere, auf Pflanzen, auf unsere Wasserversorgung sowie auf die Land- und Forstwirtschaft, auf den Tourismus und auf unsere gesamte Lebensweise.

Wo setzt man bei einem so komplexen Thema an? – Selbstverständlich muss man vielfältige Maßnahmen ergreifen, um jede Chance zu nutzen, die Erderwärmung zu verringern. Fakt ist aber, dass 80 % aller Treibhausgasemissionen in Bayern auf energiebedingte CO_2-Emissionen entfallen. Wir müssen also möglichst schnell aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aussteigen.

Wo stehen wir in Bayern in Sachen Energiewende? – In ihrem aktuellen Energieprogramm strebt die Staatsregierung einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Höhe von 70 % an. Aber die Stromerzeugung macht natürlich nur einen Teil aus. Ohne die bis Ende 2022 ohnehin vom Netz gehenden bayerischen

Kernkraftwerke lag der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Bayern 2014 bei knapp 70 %. Das reicht nicht.

Ich möchte einen Satz zitieren, den die Industrie- und Handelskammer in Bayern zum Energieprogramm der Staatsregierung geschrieben hat: "Mit dem neuen Ziel im bayerischen Energieprogramm ... würde Bayern vom Vorreiter zum Nachzügler in der EU." Das ist ein Armutszeugnis. Wir fordern die Rückkehr zu den Ausbauzielen im Energiekonzept der Staatsregierung von 2011. Damals hatten Sie noch verbindliche Ziele, nämlich eine jährliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von 42 Terawattstunden im Jahr 2021. Umgerechnet heißt das eine jährliche Steigerung in Höhe von 2,1 Terawattstunden. Das ist machbar, und das ist auch notwendig. Aber dahin führt noch ein weiter Weg.

Als Nächstes komme ich zum Thema Luftreinhaltung. Die Antworten der Staatsregierung zum Thema Stickoxide sind längst von der Wirklichkeit eingeholt worden. Heute wissen wir: In München werden die Stickoxidwerte vielerorts überschritten, teilweise sogar massiv.

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass die Staatsregierung die Studie, die das belegt, erst im Juli mit mehrwöchiger Verzögerung im Internet veröffentlicht hat. Was macht die Staatsregierung, um die Stickoxidbelastung zu reduzieren? – Sie einigt sich mit den Automobilkonzernen auf ein Softwareupdate. Das Umweltbundesamt hat jedoch berechnet, dass ein Softwareupdate bei Weitem nicht ausreichen wird, um die Belastung spürbar zu senken. Mit den Autokonzernen muss endlich Klartext geredet werden. Man wird um eine Nachrüstung der Hardware auf Kosten der Konzerne – das betonen die FREIEN WÄHLER immer wieder – nicht herumkommen. Denn klar muss sein: Fahrverbote oder zusätzliche Kosten für die Bürgerinnen und Bürger darf es auf keinen Fall geben.

Ich möchte als weitere Themen Biodiversität und Artenschutz ansprechen. Dass die Anstrengungen beim Artenschutz verstärkt werden müssen, wissen wir nicht erst seit

Medienberichten über das Insektensterben. Das Ministerium erklärt selbst, dass die gegenwärtigen Aktivitäten noch nicht ausreichen, um die Ziele der Biodiversitätsstrategie zu erreichen. Wenn das gelingen soll, muss das Vertragsnaturschutzprogramm noch mehr als bisher eine herausragende Rolle spielen. Diesen Standpunkt der Staatsregierung teilen wir.

Wir führen in diesem Haus immer wieder die Richtungsdebatte, ob wir beim Umweltschutz weiterhin auf Freiwilligkeit der Landwirtschaft setzen sollen oder ob wir den Bauern noch mehr Vorschriften machen sollen. Wir sind überzeugt, dass Naturschutz in der Kulturlandschaft nur gemeinsam mit den Nutzern funktioniert. Der Ansatz, die Landwirte mit ins Boot zu holen, ist richtig. Wir setzen auf das Prinzip der Freiwilligkeit, aber mit verstärkten Anstrengungen auf beiden Seiten.

Wo stehen wir beim Vertragsnaturschutz? 18.000 Betriebe sind dabei. 80.000 Hektar waren bis zum Jahr 2015 unter Vertrag. Damit der Vertragsnaturschutz für die Biodiversität etwas bringt, sind 6 % der landwirtschaftlichen Fläche in Bayern für eine Bewirtschaftung gemäß dem Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm nötig, sagt das Ministerium. Es sagt aber nicht, dass wir erst bei 2,5 % und noch nicht bei 6 % stehen. Es sagt auch nicht, dass man dafür knapp 190.000 Hektar bräuchte. Es sagt darüber hinaus auch nicht, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Dass die Mittel für den Vertragsnaturschutz aufgestockt wurden, war natürlich positiv. Aber das war zu wenig, und das allein genügt nicht. Auch diejenigen müssen gestärkt werden, die vor Ort im Naturschutz und in der Landschaftspflege Projekte entwickeln und bei denen Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes eine Rolle spielen. Darauf haben wir FREIEN WÄHLER immer wieder hingewiesen. Ich denke an die Landschaftspflegeverbände oder auch an die Naturparke. Die holen die Landwirte mit ins Boot und beraten sie; das wird bei der staatlichen Beratung leider immer mehr versäumt. Sie koordinieren Maßnahmen und setzen sie gemeinsam um.

Ich bin seit Jahren in der Landschaftspflege engagiert und weiß, dass viele Verbände gern mehr tun würden, dass sie gute Ideen haben, aber es fehlt an Mitteln, es fehlt an Personal, um diese Ideen umzusetzen und die Landwirte dazu zu motivieren. Das funktioniert zu wenig, weil es zu kurzfristig ist. Alle Dinge müssen in diesem Bereich langfristig angelegt werden.

Für den letzten Doppelhaushalt hatten wir gefordert, die Mittel für die Landschaftspflege deutlich zu erhöhen. Am Ende sind leider nur eine Million Euro mehr für die Naturparke und eine Million Euro mehr für die Landschaftspflege herausgekommen – ein mageres Ergebnis. Es kann nur ein erster Schritt sein. Wir werden Sie bei den nächsten Haushaltsberatungen an das 6-%-Ziel beim Vertragsnaturschutz erinnern. Es würden sich wahrscheinlich wesentlich mehr Leute am Vertragsnaturschutzprogramm oder am KULAP beteiligen, wenn der bürokratische Aufwand dafür nicht so hoch wäre.

Wenn die Leute zum Beispiel sehen, dass man für die Erneuerung oder für eine Heckenpflege einen 22-seitigen Antrag braucht, dann stellt es ihnen die Haare auf, und die Demotivation ist natürlich sehr groß. Gerade die CSU stellt sich gerne als große Entbürokratisierungspartei dar; in der Praxis zeigt sich aber, dass es damit nicht weit her ist. Immer nur Ankündigungen und keine Ergebnisse, das ist keine klare Politik. Abgesehen davon: Voraussetzung für mehr Naturschutz, für mehr Vertragsnaturschutz und auch für KULAP-Maßnahmen ist, dass die Flächen überhaupt zur Verfügung stehen.

Damit sind wir beim Flächenverbrauch. Kürzlich war zu lesen, dass im Großraum München 15.000 neue Wohnungen pro Jahr benötigt werden, um den Zuzug aufzufangen – Bayern hat Zuzug; München hat enormen Zuzug –, damit Wohnen in dieser Region überhaupt noch bezahlbar bleibt. Trotz Nachverdichtung und flächenschonendem Bauen wird das nicht gehen, ohne grüne Wiesen und Äcker bezahlbar zu machen oder eine neue Straße zu bauen. Da müssen wir ehrlich sein. Es werden auch S-

Bahn-Linien verlängert und Radschnellwege gebaut werden müssen. Auch das braucht Fläche. Anderes zu behaupten, wäre scheinheilig und verlogen.

Es gibt auch noch andere Zuzugsregionen in Bayern, an denen man nicht vorbeikommen wird. Außerdem muss man sich darüber im Klaren sein, dass eine Nachverdichtung in den Städten auch zulasten der Wohnqualität geht. Freiflächen werden wegfallen. Ich denke vor allem an Kinder, die Platz brauchen, um sich zu entfalten. Auch das wird immer schwieriger in nachverdichteten Städten.

Den Flächenverbrauch gesetzlich zu deckeln, wie es die GRÜNEN in ihrem angekündigten Volksbegehren fordern, wird schon allein deshalb nicht funktionieren, weil man den Regionen außerhalb der Ballungsräume nicht jede Entwicklungsmöglichkeit nehmen darf. In manchen Landstrichen würde das Abwanderungstendenzen beschleunigen und die Ballungsräume weiter unter Druck setzen. Ländliche Gebiete würden sich irgendwann selbst renaturieren. Vielleicht gibt es Leute, die das wollen. Wir wollen es nicht. Wir wollen in ganz Bayern eine gesunde Entwicklung. Die GRÜNEN wollen das anscheinend schon; denn genau das würde passieren, wenn man einen strikten Deckel darauf macht und die verfügte Fläche handelt.

Zum Anteil der Landwirtschaft am Klimawandel, Herr Kollege von Brunn, sollte man durchaus wissen, dass die Bauern mit lebenden Tieren arbeiten, die Bauern Kühe für die Milcherzeugung brauchen, die Kühe leben und die Bauern den Pflug nicht mehr mit drei Knechten durch den Acker ziehen, sondern mit Maschinen. Das ist auch gut so.

(Zuruf von der SPD)

Zum Schluss habe ich noch einen Tipp zum Flächensparen: Verzichten Sie auf die dritte Startbahn!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann werden nicht nur 345 Hektar ökologisch wertvolle Flächen versiegelt, sondern der Landwirtschaft gehen auch noch 900 Hektar Konversationsfläche verloren. Der Verzicht auf die dritte Startbahn wäre ein deutliches Signal, und er wäre ein vernünftiges Signal, vor allen Dingen ein vernünftiges Signal, dass man es ernst meint mit dem Klimaschutz. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Magerl. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst einmal mit einem Dank beginnen, mit einem Dank an die Beamtinnen und Beamten im Ministerium, die sich viel Arbeit gemacht haben.

(Zuruf)

– Dann kommt die Kritik auch noch; keine Sorge. – Ich möchte ganz herzlich den ehrenamtlich in Bayern tätigen Spezialistinnen und Spezialisten gerade im Naturschutz danken, die sehr viel dazu beigetragen haben, dass die CSU-Staatsregierung wenigstens ein paar Daten hat; denn viele sind es ja nicht. Ohne diese ehrenamtlich Aktiven wäre die Staatsregierung auf dem Sektor weitgehend blind; denn 90 % der Daten, gerade was den Naturschutz anbelangt, kommen von Ehrenamtlichen. Denen gilt unser ganz besonderer Dank. Ich glaube, es sind nicht nur wir, die hier danken und danken müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Umfang der Interpellation – etwa 350 Seiten – und die vielen darin angerissenen Themen erlauben mir leider nur, dass ich mich auf einige Punkte konzentriere. Wir werden in den kommenden Monaten im Umweltausschuss wahrscheinlich noch den einen oder anderen Punkt vertieft diskutieren müssen. In 15 Minuten kann man das

leider nicht tun. Ich werde mich, nachdem die Interpellation "Zustand der Natur in Bayern" heißt, im Wesentlichen auf den Bereich Natur und Naturschutz als sozusagen exemplarischen Bereich konzentrieren; denn die Kritik, die hier anfällt, kann man im Bereich Wasser, Klima, Flächenfraß und bei anderen Themen genauso anbringen. Das wären ähnliche Kritikpunkte, die ich vorbringe.

Das Erste, was ich kritisieren muss, ist ganz klar: Die Datenlage, die das Ministerium hat, also das, wofür man in Erhebungen investiert, ist absolut mangelhaft. Ich habe es schon gesagt: Ohne Ehrenamtliche wüssten wir fast nichts. Wir haben nur für 30 % der in Bayern vorkommenden Arten Daten, wie die Populationsentwicklung ist; für 70 % haben wir diese Daten nicht. Da wissen wir nicht: Ist der Zustand der Populationen gut, ist er schlecht, nehmen diese Arten zu oder ab?

Ich frage mich, wie die Rednerinnen und Redner der CSU sagen können, es sei doch alles in Ordnung, wenn man über 70 % absolut nicht Bescheid weiß. Es ist eine Schande für ein reiches Land, dass hier so wenig Geld in die Kartierung dieser Arten investiert wird, die dringend notwendig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht auch in Zukunft so weiter. Ich habe das einmal abgefragt. Außerhalb der Interpellation – das kann man auch in die Rede einfließen lassen – ist eine quantitative Bilanz zur Veränderung der Gefährdungssituation bedrohter Arten in der Bayerischen Biodiversitätsstrategie frühestens für 2020 vorgesehen. Sie werden dann zum Ende der Biodiversitätsstrategie feststellen, dass Sie bei der Umsetzung dieser Strategie krachend gescheitert sind. Darauf komme ich gleich noch.

Wenn man nachfragt, ob es in Bayern ähnliche Daten zum Insektensterben gibt wie in Nordrhein-Westfalen, wo man einen Rückgang von 80 % zu verzeichnen hat, kommt die Antwort.

(Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Zwei Aufnahmen!)

– Herr Kollege Hünnerkopf, nennen Sie mir einmal eine bayerische Aufnahme. Sie haben nie Aufnahmen in Bayern und kritisieren, dass es bei den anderen nur zwei Aufnahmen gibt.

Zu der Frage nach dem Rückgang sagt die Staatsregierung vage, eine nähere Quantifizierung der Bedeutung und der verschiedenen Gefährdungsursachen für den Rückgang der Insektenfauna ist nicht möglich. Sie kennen die Daten. Ich wage es fast zu sagen: Es ist Systematik, dass Sie die Daten hier bei uns in Bayern nicht erheben, wenn man sich anschaut, wie Sie mit Programmen umgehen, wo auch Daten erhoben werden müssen. Bayerische Arten- und Biotopschutzprogramme aus den Neunzigerjahren – das war einmal ein Flaggschiff des Naturschutzes in Bayern. Aber man muss sagen: Es war. In 33 Landkreisen und drei Städten sind die Datenbände älter als 15 Jahre, in 13 Landkreisen und 19 Städten sogar älter als 20 Jahre. Das habe ich abgefragt. Da ist noch nicht einmal die FFH-Richtlinie eingearbeitet worden.

Schauen wir uns einmal die Entwicklung der Geschichte an. Wir haben 2008 abgefragt: Wann geht es mit dem Arten- und Biotopschutzprogramm weiter? Damals hieß es: Für die Haushaltsjahre 2008 bis 2012 sind insgesamt 1,8 Millionen Euro für zwölf neue Bände eingeplant. – Dann fragt man 2017 nach, wo denn diese zwölf neuen Bände bleiben. Dann heißt es: Das zunächst eingeleitete Vergabeverfahren – man war sogar schon bis zur Vergabe gekommen – für die Aktualisierung von zwölf ABSP-Landkreisbänden wurde aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen eingestellt.

Ein Land mit einem Haushaltsvolumen von 60 Milliarden Euro pro Jahr hat keine 1,8 Millionen Euro, um den Zustand der Natur zu erfassen und um den unteren Naturschutzbehörden in den Landkreisen das Datenmaterial an die Hand zu geben. Man stelle sich einmal vor, der Verkehrsminister Herrmann würde sagen: Ich habe kein Geld, um die Straßen untersuchen zu lassen. Was wäre dann in diesem Hause los?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kollegin hat vorhin etwas über die landwirtschaftliche Nutzung und die Böden gesagt. Dazu steht in der Interpellation etwas hoch Spannendes. Auch hierzu gibt es kaum Untersuchungen. Die Frage der SPD lautet: Wie hat sich die biologische Vielfalt dort entwickelt? – Die Antwort: Zur Untersuchung der biologischen Vielfalt in den landwirtschaftlich genutzten bayerischen Böden liegen keine quantitativ auswertbaren Zeitreihen vor. Die Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft konzentrieren sich auf Regenwürmer. Hier wird eine einzige Art von Regenwürmern untersucht, und daraus wird abgeleitet, dass alles in Ordnung ist. Hierüber kann ich nur den Kopf schütteln. Liefern Sie entweder noch mehr Datenmaterial oder geben Sie zu, dass Sie nichts wissen. Es ist eine Schande, wenn man über die Böden in Bayern und die Artenvielfalt in den Böden offensichtlich nichts, aber absolut nichts weiß.

Auch die Roten Listen sind angesprochen worden. Der ganz große Teil an Roten Listen, über 40, stammt aus dem Jahr 2003. Nur drei Listen sind aktuellen Zustandes. Die Aussagen des Ministeriums sind ganz, ganz klar: Insgesamt hat sich der Zustand der Arten seit 1976 weiter verschlechtert. Nach der Liste zu den Vogelarten sind aktuell 54 % der Vogelarten in Bayern gefährdet. Das ist die aktuelle Zahl. Das ist eine absolute Schande. Hierzu ist in der Biodiversitätsstrategie formuliert worden, dass bis 2020 eine Verbesserung des Status um eine Stufe bei der Hälfte der Arten angestrebt wird. Laut Nachfragen haben Sie das bislang erst bei acht Arten geschafft. Bei den restlichen 1000 Arten haben Sie das nicht geschafft. Schauen wir uns beispielsweise das FFH-Gebiet Paartal an, welches sich von Schwaben bis nach Oberbayern erstreckt und teilweise im Stimmkreis des Herrn Ministerpräsidenten liegt. Dieses Gebiet ist fast 3.000 Hektar groß. Ein Vergleich zwischen dem Standarddatenbogen des Umweltministeriums und dem erst kürzlich vorgelegten Managementplan zeigt: Bisher hatten wir 558 Hektar Flachland-Mähwiesen. Davon sind nur noch 18,5 Hektar übrig. Da schießt einem die Schamesröte ins Gesicht. Damals gab es noch 34 Hektar Pfeifengraswiesen, das sind alles FFH-Schutzgebiete. Davon ist nur noch ein halber Hektar übrig. Wann geben Sie endlich Ihren blöden Grundsatz "Freiwilligkeit statt Ordnungsrecht" auf? – Hier sind Sie mit der Freiwilligkeit nicht weitergekommen. Sagen

Sie endlich einmal, wie Sie die FFH-Richtlinie umsetzen wollen. Solche Beispiele können wir in Bayern zur Genüge finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das folgende Zitat spricht eine deutliche Sprache: Der tiefgreifende Landschafts- und Nutzungswandel hat enorme Verluste an Biodiversität zur Folge. – Das zeigt klar und deutlich, dass wir in Bayern mehr Schutzgebiete brauchen. Wir brauchen im Naturschutz mehr Ordnungsrecht. Man muss klar und deutlich sagen, dass Ihre Strategie gescheitert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Am schlimmsten ist die Entwicklung im Bereich der Bodenbrüter in der Agrarlandschaft. Dies zeigt sich klar in der Antwort zur Interpellation. Die Feldlerchen und Kiebitze haben seit 2000 Bestandseinbrüche von über 50 % des jeweiligen Brutbestandes erlitten. Für andere Arten kann dies ähnlich durchdekliniert werden. Auf die Frage, was dafür verantwortlich ist, drücken Sie sich verschwurbelt aus. Nennen Sie doch endlich die Landwirtschaft und treten Sie in einen wirklich ernst zu nehmenden Dialog mit den Landwirten ein, damit wir hier endlich zu Verbesserungen kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manchmal lohnt es sich, über den Tellerrand zu schauen. Das Bundesamt für Naturschutz sagt klar und deutlich: Die Hauptgefährdung der Säugetiere, Vögel, Reptilien, Amphibien, Heuschrecken usw. ist die Landwirtschaft. In anderen Bereichen ist es auch der Wasserbau bzw. bei den Tagfaltern der Frost. Aber bei den genannten Tierarten ist die Landwirtschaft klar als Ursache benannt. Die Landwirtschaft steht bei den Ursachen an erster Stelle. Daran müssen wir arbeiten. Wir können das Ganze nicht einfach so weiterlaufen lassen wie bisher.

Frau Staatsministerin, nehmen Sie bitte ernst, was ins Stammbuch geschrieben worden ist: Auch wenn es vereinzelt Erfolge durch den Einsatz gezielter Maßnahmen bei

der Erhaltung der Biodiversität gibt, sind die Aktivitäten noch nicht ausreichend, um die vom Ministerrat 2008 beschlossenen Ziele der Bayerischen Biodiversitätsstrategie bzw. des Biodiversitätsprogramms Bayern 2030 zu erreichen. Alle Beteiligten müssen deshalb ihre Anstrengungen deutlich verstärken, das Umweltministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Verkehrsministerium, das Wirtschaftsministerium und die Staatsregierung. Daran müssen Sie endlich einmal arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man in die Analyse der Ursachen näher einsteigt, dann wird ein Punkt immer wieder genannt: Eine der Hauptursachen für den Artenrückgang ist der Flächenfraß. Pro Tag sind es immer noch 13,1 Hektar. Frau Kollegin, man sollte hier keine Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Statistik ist mittlerweile bundesweit deutlich umgestellt worden. Wir erheben die Flächen nun anders. Die Daten aus dem Jahr 2000 können nicht mit den Daten aus dem Jahr 2015 verglichen werden. Hier vergleicht man Äpfel mit Birnen. Der Flächenverbrauch ist immer noch viel zu hoch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bundesweit gibt es eine Strategie, den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren.Bei einer aktiven Beteiligung würde dies für Bayern maximal 5 Hektar pro Tag bedeuten und nicht mehr 13,1 Hektar. Deshalb haben wir, die GRÜNEN, ein Volksbegehren gestartet. Dafür mache ich auch Werbung. Wir müssen einen Deckel auf den Flächenfraß setzen. Wir müssen den Flächenverbrauch in Bayern endlich auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Daran führt kein Weg vorbei. Ich gehe davon aus, dass das Volksbegehren ein ganz großer und enormer Erfolg werden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An einer Stelle der Interpellation kritisieren Sie die Kommunen sehr stark. Sie sollten aber mit der Faust auf die Brust schlagen und sich selbst kritisieren. Der Freistaat Bayern ist mit seiner Politik einer der ganz großen Flächenverbraucher. Allein das Pro-

gramm, welches der Freistaat für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat, zeigt einen enormen Flächenfraß.

Ich erwähne auch die dritte Startbahn. Wenn man alles zusammenzählt, dann werden hier fast 1.000 Hektar Land verbraucht. Verzichten Sie endlich auf das Projekt! Im bayerischen Naturschutz wäre dies ein enormer Schritt nach vorne. Diese Planung muss weg. Sie muss aus dem Landesentwicklungsprogramm raus. Auf diese Planung muss verzichtet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sei noch ein anderer Punkt kurz erwähnt. Sie behaupten, dass Sie über keine Daten hinsichtlich der Mortalität der Tierarten durch Verkehrstod in Bayern verfügen. Hierzu gibt es im Anzeiger der Ornithologischen Gesellschaft in Bayern eine sehr schöne Arbeit. Es liegen also bayerische Daten vor. Im Autobahnnetz der Bundesrepublik werden jährlich etwa neun Millionen Vögel überfahren. Hierin ist die Dunkelziffer nicht enthalten. Das ist eine enorme Verlustquote. Dazu sollten Sie vielleicht auch einmal Daten erheben.

Insgesamt muss ich klar und deutlich sagen, dass es einen ganz dringenden Handlungsbedarf auf ganz, ganz vielen Feldern im Bereich des Naturschutzes gibt. Wir sind bei den Naturschutzgebieten im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Wir sind hinsichtlich der Nationalparks unterdurchschnittlich, wenn wir uns beispielsweise mit Österreich vergleichen. Ein weiterer Nationalpark ist dringend notwendig. Wir hören aber nicht bei drei zu zählen auf. Wir können uns durchaus noch einen vierten oder fünften Nationalpark vorstellen. Wir brauchen nicht nur Großschutzgebiete, sondern auch flächendeckend kleinere Schutzgebiete, die wirklich dem Charakter von Schutzgebieten entsprechen. Wir müssen in diesem Bereich nach vorne kommen.

Wir haben noch weitere Forderungen. Wir haben ein Antragsbündel mit zehn Anträgen eingebracht. Diese Anträge werden in wenigen Wochen im Umweltausschuss behandelt. Sie enthalten Vorschläge, welche Ziele wir im Natur- und Artenschutz errei-

chen wollen. Beim Klimawandel, beim Gewässerschutz und der Luftverunreinigung könnten wir mit ähnlichen Daten aufwarten. In diesen Bereichen sieht es ähnlich düster aus. Das habe ich am Beispiel des Naturschutzes in Bayern durchdekliniert.

Meine Redezeit neigt sich dem Ende zu. Ich fasse noch einmal zusammen: Ihnen mangelt es an Daten, und zwar im großen Umfang. Die Situation in Bereichen, in denen Daten vorliegen, ist manchmal katastrophal. Sie haben mit Ihrer Politik eindeutig versagt. Das muss klar und deutlich gesagt werden. Sie setzen die falschen Weichenstellungen. Sie setzen nach wie vor auf mehr Straßenbau, auf mehr Flächenversiegelung und auf eine Förderung der intensiven Landwirtschaft. Hier muss eine Umorientierung stattfinden. Nur dann werden wir es schaffen, die ganzen Zielvorgaben des Biodiversitätsprogramms und der Strategie umzusetzen. Wir werden die Dinge in den nächsten Tagen anhand der zehn Anträge genauer durchdeklinieren. Dann wird es auch zum Schwur und zur Abstimmung kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte noch am Redepult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Kollegen Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Magerl, ich möchte jetzt nicht das Wort für die von Ihnen kritisierte Fraktion ergreifen, aber doch ein paar Dinge aus Ihrer Rede ansprechen. Sie haben die Landwirte stark kritisiert. Ich will dabei nicht auf den Flächenverbrauch oder auf die Nationalparks eingehen. Der Flächenverbrauch ist ein schwieriges Thema, und ich glaube, bei diesem Thema sind wir nicht gar so weit voneinander entfernt. Aber das Thema Landwirtschaft bedarf meiner Meinung nach einer etwas sensibleren Betrachtung. Sie werden ja mit Ihren Anträgen heute wieder einmal mit neuen Forderungen Gesetzesänderungen und Verordnungen durchsetzen wollen.

Sind Sie nicht auch der Meinung – da sind wir jetzt nicht mehr bei Ihnen –, dass freiwillige Vereinbarungen nach wie vor sinnvoll wären? Sind Sie nicht auch der Meinung, dass man mit Partnern, die man für eine Veränderung braucht, im Gespräch bleiben sollte? Ich glaube nicht, dass sich die Grundstücksbesitzer so einfach etwas überstülpen lassen wollen. Sie wollen überzeugt werden. Allein mit Verordnungen kann man bei ihnen nichts erreichen. Wie ist Ihre Sicht zu diesen Fragen? – Ich habe das Gefühl, bestimmte Gruppierungen entfernen sich in diesem Sinne immer weiter von der Landwirtschaft.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Dr. Magerl bitte.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Es ist natürlich schön, wenn man mit Freiwilligkeit zum Ziele kommt, das gilt für alle Ebenen. So wäre es zum Beispiel auch schön, wenn man die Polizei abschaffen könnte, weil sich alle Menschen freiwillig an die Gesetze halten. Dasselbe würde auch für die Landwirtschaft gelten. Wenn Freiwilligkeit funktionieren würde, wäre ich voll bei Ihnen und würde sagen: Ja, wir machen alles freiwillig. Aber die Zahlen, die ich vorgetragen habe, zeigen leider, dass man mit der Freiwilligkeit nicht weiterkommt.

Diese Zahlen habe ich nicht nur vom Ministerium, sondern ich bin als Kartierer schon seit fast 50 Jahren draußen in der Landschaft unterwegs und beobachte dabei Folgendes: Wir schaffen es teilweise nur in den Naturschutzgebieten, den Artenbestand einigermaßen zu halten. Außerhalb dieser Naturschutzgebiete sind wir mit der Freiwilligkeit leider nicht allzu weit gekommen.

Das heißt, wir müssen hier mit dem Ordnungsrecht arbeiten. Dabei denke ich nicht, dass das einer Enteignung nahekommen soll. Die Leute sollen durchaus einen Ausgleich für ihren Verlust bekommen. Das auf alle Fälle. Aber wenn wir die FFH-Richtlinie wirklich ernst nehmen wollen, brauchen wir andere Maßnahmen, als sie bisher üblich sind.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nächste Wortmeldung: Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Kollege Magerl, Sie haben das Thema Nationalpark angesprochen. Es gibt immer noch keine Entscheidung über einen dritten bayerischen Nationalpark. Wir wissen, dass sich Menschen Orte wünschen, wo Natur – um mit den Worten eines ehemaligen Umweltministers zu sprechen – sich selbst überlassen bleibt, wo Natur Natur sein kann. Wir wissen auch um die ökonomische Bedeutung von Nationalparks. In der Antwort auf diese Interpellation ist ein ganz interessanter Aspekt angesprochen, nämlich die Frage, welche große Bedeutung die Nationalparks zum Beispiel für die Forschung haben. Ich denke da an die Forschung, wie die Natur in natürlichen Prozessen mit Schädlingen umgeht, aber ich denke auch an die Auswirkungen der Klimaveränderung.

Ist es denn nicht auch aus Ihrer Sicht sinnvoll, gerade unter diesen Vorzeichen einen dritten Nationalpark einzurichten? Daraus können wir enorme Gewinne erzielen. Übrigens gilt das auch für über 700.000 bayerische Waldbesitzer, mit denen wir dann bessere Klimaanpassungsstrategien entwickeln könnten, um schwere finanzielle Schäden in den bayerischen Wäldern zu vermeiden.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Dr. Magerl, bitte.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Das ist völlig richtig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schaufensterfragen!)

– Nein, das waren keine Schaufensterfragen, sondern es sind Aspekte, die es wert sind, sie hier noch einmal zu vertiefen. Es geht teilweise aus der Interpellation hervor, und ich weiß teilweise auch aus Gesprächen gerade im Bayerischen Wald, was dort an wertvoller Forschung läuft. Diese kommt dann auch ganz vielen anderen Leuten außerhalb der Nationalparks zugute. Daher wäre es sicherlich insbesondere auch für die Forschung gut, einen dritten Nationalpark zu haben. Einen solchen könnte ich mir durchaus in den Isarauen vor den Toren von Weihenstephan vorstellen. Aber wir bräuchten natürlich für die Buchenwaldforschung dann auch noch einen vierten Nationalpark.

(Zuruf von der SPD: Steigerwald!)

– Ja, beispielsweise den Steigerwald. Es wird leider momentan nicht in Richtung Steigerwald gehen. Aber die Forderung ist damit nicht vom Tisch, den Steigerwald als Nationalpark unter Schutz zu stellen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Herr Dr. Magerl. – Der nächste Redner in der Rednerliste ist der Kollege Kraus. Bitte sehr, Herr Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Minuten Redezeit haben wir noch, und die möchte ich gerne nutzen. Kollege Zierer hat schon einen Großteil der Probleme angesprochen, und ich kann mich seinen Ausführungen durchaus anschließen. Aber ich habe noch ein paar Gedanken zum Hochwasserschutz. Wir haben es bereits gehört: Die Klimaveränderung führt zu Hochwasser und zu Sturzfluten. Das wird morgen im Umweltausschuss ein Thema sein. Wenn zum Beispiel aus Megazellen ganz plötzlich 400 Liter Wasser auf einen Quadratmeter fallen, hilft kein Polder etwas. Dann muss man viel mehr in der Fläche arbeiten. Das ist eine gesamtpolitische Aufgabe.

Damit wären wir bei der Finanzierung. Auch wenn es relativ hohe Fördersätze gibt, sind für die betroffenen Gemeinden, die Hochwasserschutzmaßnahmen ergreifen müssen, selbst die relativ wenige Prozente, die sie selbst übernehmen müssen, zu viel. Der Staat muss die Förderquoten deshalb für alle erhöhen, weil es uns alle betrifft.

Zum Gewässerschutz haben wir erst kürzlich einen Bericht bekommen. Pflanzenschutzmittel- und Nitratbelastung in den Gewässern war das Thema. Gott sei Dank ist der Zustand in einem großen Teil der Gewässer sehr gut. Wo es punktuelle Probleme gibt, müssen diese selbstverständlich angegangen werden. Und nun besteht noch die Frage, wem die Flächen gehören, wessen Eigentum sie sind. Wir wissen, dass es im Miteinander leichter zu schaffen ist, als wenn man anderen etwas überstülpt. Freiwilligkeit ist hier das Thema.

Und noch ein weiteres Wort zur Durchgängigkeit von Wasser. Wir haben aktuell in Bayern 4.250 Wasserkraftwerke; im Großen und Ganzen haben wir weit über 10.000 Querbauwerke. Der Großteil davon ist über 100 Jahre alt. Sie stammen aus einer Zeit, in der landesweit begradigt wurde. Bei dem einen oder anderen Querbauwerk wäre es durchaus noch möglich, ein Wasserkraftwerk zu installieren. Dazu könnte man eine Fischtreppe bauen, und dann hätten beide Seiten einen Gewinn davon. Nur zu sagen, man wolle regenerative Energie, und festzustellen, dass man hier auf einem guten Weg sei, reicht nicht. Ich frage mich, wo dieser gute Weg ist. Er ist anscheinend zum Teil so versteckt, dass ihn keiner findet. Wir tappen da im Dunkeln.

Bei der Windkraft hat es in der Vergangenheit auch nicht gut ausgesehen. Und bei den Wassermaßnahmen war es noch miserabler. Beim Wasser hat man sich auf einige wenige Großprojekte beschränkt, und die Dezentralisierung in diesem Bereich wurde sehr vernachlässigt.

Und nun zur Sonnenenergie. Die Zeit, in der Firmen, Landwirte und Eigentümer die Flächen mit Kollektoren zugepflastert haben, ist leider vorbei; das ist inzwischen so uninteressant geworden, dass es nicht mehr funktioniert.

Und nun noch ein Wort zur Umweltkriminalität. Die hat Kollege von Brunn kurz angesprochen. Ich muss ihm da leider recht geben, ob ich mag oder nicht. Er hat die Überstunden erwähnt. 549 Überstunden im Jahre 2015 für zwei Personen! Und dabei müssen sich diese Mitarbeiter noch um die Dopingkontrollen und ähnliches kümmern. Damit wären wir beim Thema "zusätzliches Personal". Zusätzliches Personal wäre hier mehr als angesagt.

Und nun noch ein Wort zur Landwirtschaft generell. Bei der Forderung, kleinbäuerliche Strukturen zu erhalten, habe ich die Schwierigkeit, zu sagen, wie man kleinbäuerliche Strukturen definiert. Nach dem Bericht geht ein Fünftel der Fördermaßnahmen an Großbetriebe zwischen 100 und 1.000 Hektar. Vielleicht sollten wir einmal so mutig

sein, eine Deckelung einzuführen. Mit 300 Millionen Euro könnte man viele kleinbäuerliche Strukturen unterstützen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Redezeit.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Das hat sich bisher leider niemand getraut.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wir schon!)

Vielen Dank den Kollegen, die jetzt noch zugehört haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Herr Kraus. Für die Staatsregierung hat sich die Staatsministerin Scharf zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Natur in Bayern ist wirklich ein Juwel, das wir bewahren, schützen und erhalten wollen. Diesen Auftrag nehmen wir ernst, wir nehmen ihn an. Wir tun dies für die kommende Generation, aber auch ganz bestimmt für uns selbst. Wir nehmen diesen Auftrag seit fast fünf Jahrzehnten an. Seit fast 50 Jahren gibt es das Umweltministerium in Bayern als erstes Umweltministerium in Deutschland, aber auch in ganz Europa.

Glauben Sie mir eines: Wenn man viel unterwegs ist – auch international wie gerade in Bezug auf die Alpenstrategie –, erfährt man: Unsere bayerische Umweltpolitik ist nicht nur bei uns im Land anerkannt, sondern auch darüber hinaus.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen erwarten von uns zu Recht, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Dieses Versprechen gebe ich Ihnen gern, und ich kann es Ihnen auch geben. Ich sage Ihnen eines ganz unumwunden dazu: Ich bin der Überzeugung, dass wir in Bayern auch deswegen als Land so erfolgreich sind, weil wir früh genug begon-

nen haben, die Folgen unseres Handelns und Wirtschaftens für die Natur und die Umwelt zu berücksichtigen, während andere noch in den ideologischen Schützengräben lagen.Darüber sind wir schon längst hinweg. Ökologie und Ökonomie sind für uns schon lange keine Gegensätze mehr, sondern Symbiose, und der Ansatz der Kooperation statt der Konfrontation ist der für mich absolut richtige Ansatz. Ich will die Lebenswelt der Menschen abbilden anstatt den Menschen das Leben schwermachen.

Das, was ich heute von einigen Kollegen gehört habe, ist für mich ein trauriger Rückfall in die Verbotsrhetorik des vergangenen Jahrhunderts. Ich glaube, dass Zukunftspolitik nur mit den Menschen möglich ist. Zukunftspolitik sieht so aus, dass wir klar sagen können: Wir haben in Bayern für unsere Umwelt und für unsere Natur viel erreicht, aber wir haben auch noch sehr viel vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Zweifel ist unsere Natur bedroht; unsere Pflanzen und Tiere stehen auf der Roten Liste. Deshalb haben wir schon vor Langem, nämlich 2008, eine Biodiversitätsstrategie beschlossen. 2014 haben wir mit unserem Biodiversitätsprogramm "Natur.Vielfalt.Bayern" nachgelegt. Wichtig ist dabei vor allem, dass wir dafür Geld ausgeben. Allein in diesem Jahr haben wir über 127 Millionen Euro für den Naturschutz und für die Landschaftspflege ausgegeben. Das geht vom Vertragsnaturschutz über die Landschaftspflege, von den Nationalparks bis hin zu Natura 2000.

Noch nicht oder nicht genug habe ich heute davon gehört, dass unsere Schutzgebiete die wichtigste Grundlage zum Erhalt unserer Natur sind. Mit dem Erlass der Bayerischen Natura-2000-Verordnung haben wir unsere hochwertigsten Flächen konsequent unter Schutz gestellt. Ich bin der Auffassung, dass Natura 2000 das weltweit größte Naturschutzprojekt und eine der ganz herausragenden europäischen Errungenschaften ist. Bayern hat sich schon vor Langem dazu entschlossen, diesen Weg mitzugehen. Wir haben 745 Natura-2000-Gebiete mit einer Gesamtfläche von rund 800.000 Hektar. Damit bringen wir unser wertvollstes Naturkapital in das europäische

Netz Natura 2000 ein und übernehmen die Verantwortung für den Erhalt und die Pflege.

Meine Rede ist heute etwas zahlenlastig, aber das gibt die Interpellation auch her. Zusätzlich haben wir in Bayern zwei Nationalparks, aber auch 596 Naturschutzgebiete, 704 Landschaftsschutzgebiete, zwei Biosphärenreservate und 19 Naturparks. Zusammengefasst macht die Fläche dieser Schutzgebiete 35 % der Landesfläche Bayerns aus, und das in einem der größten Flächenländer in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Eines ist klar, meine Damen und Herren: In unseren Schutzgebieten, aber auch auf der gesamten Fläche tun wir wirklich alles und sehr viel, um den Erhalt unserer Artenvielfalt zu gewährleisten und um die Lebensräume zu schützen. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen. Heute wurden öfter der Vertragsnaturschutz und die Artenhilfsprogramme angesprochen. Wir haben inzwischen über 100 bayerische Artenhilfsprogramme, die das Überleben von Arten wie zum Beispiel der Fledermaus, des Steinadlers oder des Weißstorchs sichern. Wer sich an die letzten Wochen erinnert, weiß, wie schön es ist, die Störche zu beobachten. Wir haben mittlerweile 420 Brutpaare. Das ist die höchste Zahl seit Beginn der systematischen Aufzeichnung im Jahr 1900.

Zum Vertragsnaturschutz kann ich nur sagen, dass die freiwilligen Naturschutzleistungen ein wesentliches Element unserer bayerischen Naturschutzpolitik sind. Diese Naturschutzpolitik ist ideologiefrei und verantwortungsbewusst. Dieses Erfolgsrezept hat einen Namen, nämlich Vertragsnaturschutzprogramm, und dieses Programm beweist uns seit vielen Jahren, dass eine maßvolle Nutzung von Flächen und die Anliegen des Naturschutzes sich nicht ausschließen. Mit diesem Programm wirtschaften wir auf rund 85.000 Hektar. Wir haben rund 18.000 Landwirte mit eingebunden. Wir stehen in einer ganz starken Verantwortungsgemeinschaft mit unseren Landwirten und unseren Forstwirten. Andere pflegen Feindbilder aufzulegen – wir haben es in der letzten halben Stunde mehrfach gehört –, wir gehen hinaus und tun etwas für die Heimat.

(Florian von Brunn (SPD): Ich glaube, der Herr Magerl geht auch hinaus!)

Wir übernehmen Verantwortung nicht von der Oppositionsbank aus, wir machen keine Vorwürfe, sondern für uns ist Verantwortung immer auch ein Handschlag zwischen zwei Partnern, die es ernst meinen. Unsere Landwirte und unsere Forstwirte meinen es ernst. Sie sind wirklich bereit, für den Umweltschutz etwas zu tun. Das lässt sich ganz klar mit Zahlen belegen. Allein in diesem Jahr konnten wir 41 Millionen Euro für freiwillige Naturschutzmaßnahmen ausbezahlen. Das ist ein erfolgreicher Weg, auf den man nur stolz sein kann. Hinzu kommen die 17 Millionen für die Landschaftspflegeverbände, von denen auch ein Großteil an unsere Landnutzer und Landwirte geht. Ich bin auf jeden Fall stolz auf diese Programme, die wir haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung hat im Juli letzten Jahres einstimmig beschlossen, einen dritten Nationalpark anzustreben. Ich bin sehr glücklich über diesen Beschluss. Zu Ihrer Nachfrage von vorher, lieber Herr Kollege von Brunn: Sie können Naturschutz nicht überstülpen. Sie müssen die Menschen mitnehmen. Genau das tun wir mit einem sehr intensiven Dialogprozess. Wir reden mit den Menschen und allen Betroffenen. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen ein solches historisches Projekt auf den Weg bringen. Haben Sie noch etwas Geduld, ich bin sehr zuversichtlich, dass wir erfolgreich sein werden.

Ein Nationalpark hat viele Vorteile. Wir wissen das und haben darüber auch schon öfter diskutiert. Ein Nationalpark ist einmal ein Eldorado der Artenvielfalt, daneben aber auch ein Topziel für Erholungssuchende. Mir sagten Vertreter der Wirtschaft in den letzten Wochen: Mit den Überlegungen, einen Nationalpark auf den Weg zu bringen, nimmt die Attraktivität unseres Standortes Bayern unheimlich zu. Das Stichwort heißt Lebensqualität.

Unabhängig vom Nationalpark bekennen wir uns klar zum Umweltschutz und zum Naturschutz. Deshalb haben wir uns auch weitere substanzielle Maßnahmen für den

Natur- und den Artenschutz vorgenommen. Wir planen mit der Initiative "Natur.Heimat.Bayern" einen wirklichen Quantensprung im Naturschutz, im Artenschutz, aber auch im Landschaftsschutz. Ich möchte nur einige Beispiele aus dieser Initiative nennen. Wir wollen im Spessart oder im Frankenwald Leuchtturmprojekte auflegen, aber – das sage ich ganz klar hinzu – nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort und in enger Zusammenarbeit mit der Region. Wir stärken unsere 19 bayerischen Naturparks und unsere bestehenden Nationalparks Bayerischer Wald und Berchtesgaden. Wir investieren zusätzlich in die Landschaftspflege, in den kooperativen Naturschutz in der Fläche – als Stichwort nenne ich die Landschaftspflegeverbände –, aber auch in das Vertragsnaturschutzprogramm und in das VNP Wald. Wir setzen unsere bayerische Biodiversitätsstrategie weiter fort. Wir bauen das Netz unserer Gebietsbetreuer kraftvoll aus. In den Haushaltsverhandlungen werde ich mich bei allen genannten Punkten dafür einsetzen, dass wir eine gute Ausstattung dieses Pakets verabschieden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Parameter hat eine unvorhersehbare Auswirkung auf unsere Natur und auf die Menschen: Es ist der Klimawandel. Die dramatischen Beispiele dafür sind leicht zu finden. Wir müssen dazu nicht weit zurückgehen. In den letzten Wochen haben wir auf den Bildschirmen wahrgenommen, wie ein Hurrikan nach dem anderen viele Gebiete verwüstet hat, wie viele Schäden in Milliardenhöhe angerichtet worden und wie viele Menschen zu Tode gekommen sind. Spätestens seit unserem Klimareport wissen wir sehr genau und sehr differenziert, dass wir auch in Bayern vom Klimawandel nicht verschont sind. Dadurch, dass in den letzten 140 Jahren die Wetterdaten aufgezeichnet wurden, können wir feststellen, dass es in den letzten 25 Jahren neun der zehn wärmsten Jahre gegeben hat. Das heißt, die Hitzetage werden mehr, die Jahreszeiten verschieben sich, und auch die Extremereignisse häufen sich. Diese klimapolitische Herausforderung müssen wir gemeinsam bewältigen.

Der Klimawandel ist global, aber er wirkt auch regional. Deswegen ist es wichtig, dass wir das Klimaschutzabkommen von Paris mittragen. Ich freue mich immer noch über diese gemeinsame Vereinbarung. Schade, dass ein Land aussteigt. Entscheidend ist

aber, dass alle anderen der fast 200 Staaten dabeibleiben und das gleiche Ziel haben, nämlich die Erderwärmung in den Griff zu bekommen. Entscheidend ist auch, dass man beschlossen hat, Geld für diese Maßnahmen auszugeben und dass man auch Überprüfungsmechanismen vereinbart hat.

Der Auftrag für Bayern ist klar. Bayern geht mit dem Klimaschutz stark voran. Wir haben ein klares Ziel. Wichtig ist, dass man ein Ziel vorgibt, das man erreichen will. Wir wollen die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf zwei Tonnen pro Person und Jahr begrenzen. Dafür gibt es das Klimaschutzprogramm Bayern 2050. Dieses Klimaschutzprogramm hat drei ganz zentrale Säulen: Die Emissionsminderung, die Anpassung an die Klimafolgen – ich nenne als Stichwort nur den Hochwasserschutz –, aber auch die Forschung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Forschung muss die Grundlagen für unsere Entscheidungen liefern. Nur wenn wir etwas genau wissen und erfassen können, haben wir auch die Sicherheit, Entscheidungen zu treffen, die dem Schutz der Menschen dienen. Dafür nehmen wir sehr viel Geld in die Hand. Im aktuellen Doppelhaushalt sind das 190 Millionen Euro.

Es ist mir auch ganz wichtig, mit vielen Menschen in Bayern den Schulterschluss zu suchen. Klimaschutz ist etwas, was jeder umsetzen und betreiben kann. Deshalb gibt es unsere Bayerische Klima-Allianz. Diese ist ein ganz starkes Netzwerk von mittlerweile 40 Partnern. In den letzten zwei Jahren haben wir fünf neue Partner hinzugewonnen. Diese 40 Partner kommen aus allen Bereichen unserer Gesellschaft. Es handelt sich hier um unsere kommunalen Spitzenverbände, die Kirchen, die Jugendarbeit, den Sport, die Wirtschaft, das Handwerk, die Wissenschaft. Alle Menschen, die unsere Gesellschaft repräsentieren, verpflichten sich in der Bayerischen Klima-Allianz zu Klimazielen. Das ist eines unser wichtigen Instrumente, um den Klimaschutz wirklich vorantreiben zu können.

Der Klimawandel hat auch ganz erhebliche Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft. Über diese Auswirkungen müssen wir noch sehr viel mehr wissen. Das ist der Grund für eines unserer Programme, das den Namen KLIWA trägt. Es beschäftigt sich mit Klimaveränderungen und deren Konsequenzen für die Wasserwirtschaft. Wir untersuchen dort die Auswirkungen des Klimawandels für die Wasserwirtschaft und machen vor allen Dingen Vorschläge für Anpassungsmaßnahmen.

Ein ganz wichtiger Bereich dieses Programms ist das Klimamonitoring. Außerdem werden Fallstudien zum Niedrigwassermanagement durchgeführt. In Unterfranken ist ein solches Pilotvorhaben zum Niedrigwassermanagement in Auftrag gegeben und damit auf den Weg gebracht worden. Ich glaube, das Thema Niedrigwasser ist das Zukunftsthema für unsere Landwirte und Gärtner. Sie wissen, dass die Trockenheit gerade in bestimmten Regionen in Bayern zunimmt. Damit nimmt auch das Risiko für den Pflanzenbau zu. Unterschiedliche Berechnungen machen hier dramatische Vorhersagen über die möglichen Ausfälle. Auch hier gilt: Andere reden, wir handeln. Das Programm KLIWA ist ein Aushängeschild für systematische Untersuchung des Klimawandels und der Gewässerökologie. Ein solches Programm gibt es sonst nirgendwo: es ist ein bayerisches Alleinstellungsmerkmal.

Meine Damen und Herren, ich möchte beim Wasser bleiben. Ich glaube, man kann es wirklich so sagen: Sauberes Wasser ist Bayerns größter Schatz. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Umweltpolitik seit vielen Jahren auf der Gewässerökologie und auf der Gewässerbewirtschaftung. Grundlage dafür ist unsere Wasserrahmenrichtlinie. Die wichtigsten Fragen gelten natürlich der Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen und Schadstoffen in Gewässer sowie der Gewässerrenaturierung. Wie Sie wissen, haben wir den ersten Bewirtschaftungszeitraum von 2010 bis 2015 hinter uns. Man kann alles in Frage stellen und alles schlechtreden, aber eines ist auch klar: Wir haben in dieser Zeit viele Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Ich möchte nur einige Beispiele nennen, etwa die Durchgängigkeit von Flüssen im Rahmen der Illerstrategie 2020, Fischaufstiegsanlagen und Verbandskläranlagen. Auch im Bereich der Renatu-

rierung sind viele Maßnahmen umgesetzt worden. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen, nämlich in der Investition von rund 40 Millionen Euro allein in diesem Jahr.

Im Bewirtschaftungszeitraum 2015 haben 15 % der Flüsse und Bäche, 56 % der Seen und 75 % des Grundwasserkörpers die Bewirtschaftungsziele erreicht. Doch jetzt kommt ein großes Aber. Wir müssen klar sagen, dass die umgesetzten Maßnahmen leider noch nicht die Zahlen, die wir anstreben, widerspiegeln. Allerdings kann daraus nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, den Untergang des Abendlandes zu prognostizieren. Stattdessen muss die Schlussfolgerung lauten, uns anzustrengen, uns noch mehr für den Erhalt unserer Umwelt anzustrengen. Damit sich die Wirkung dieser Anstrengungen entfalten kann, brauchen wir aber auch Geduld und Zeit. Jeder, der sich mit Gewässersystemen und Gewässerökologie ein bisschen auskennt, weiß, dass die Wirkung solcher Maßnahmen sehr viel mehr Zeit als nur einige wenige Jahre in Anspruch nimmt.

(Beifall bei der CSU)

Unser Bestreben ist es, im zweiten Bewirtschaftungszeitraum von 2016 bis 2021 möglichst viele Umweltziele und also die entsprechenden Standards erreichen und einhalten zu können. Das geht nicht von selbst. Deshalb nehmen wir auch dafür genügend Geld in die Hand. Wir planen für diesen Zeitraum ein Ausgabevolumen in der Summe von 1,1 Milliarden. Ich glaube, daran kann man sehr gut ablesen, welch großen Anstrengungen wir unternehmen, um diese Ziele zu erreichen. Es ist auch klar, dass wir am Ende der Bewirtschaftungsperiode Bilanz ziehen und überprüfen müssen, ob durch die freiwilligen Maßnahmen die entsprechenden Ziele erreicht wurden. Ich glaube, beim Wasser kann man es so sagen: Wasser ist gleichsam immun gegen Verwässerungspolitik. Entweder ist es sauber, oder es ist nicht sauber. Hier werden wir ganz genau hinschauen und uns gemeinsam anstrengen, um unsere Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, unsere Gewässer prägen auch unser Landschaftsbild. Für unsere gemeinsamen Ziele und einen guten ökologischen Zustand müssen wir die

Durchgängigkeit unserer Flüsse und Bäche verbessern. Das war heute schon Thema. Wir sind auch hier sehr ehrgeizig. Bis 2021 wollen wir an 60 % der Flüsse Maßnahmen zur Verbesserung der Durchgängigkeit durchführen. Das ist eine große Kraftanstrengung. Ich bin aber zuversichtlich, dass uns dies gelingen kann. Vor allen Dingen muss es uns aber gelingen, mit all denjenigen, die aus den Gewässern Nutzen ziehen, zusammenzuarbeiten – mit den Kommunen, mit den Energieunternehmen, mit den Kraftwerksbetreibern. Die Kraftwerksbetreiber leisten einen erheblichen Beitrag zur erneuerbaren Energie. Die Wasserkraft ist in Bayern traditionell gut. Wir wollen sie aber mit deutlich besseren Konzepten für die Durchgängigkeit weiter verbessern. Um hierfür gute Daten zu bekommen, haben wir auch hier einiges an Forschungsaufgaben vergeben.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber nicht nur bei der Durchgängigkeit besser werden, sondern auch beim Flächensparen. Dies ist sicherlich eine der ganz großen Herausforderungen in der Umweltpolitik. Derzeit beträgt der Flächenverbrauch in Deutschland 70 Hektar pro Tag, in Bayern sind es 13,1 Hektar pro Tag.

Lieber Herr Kollege Magerl, es ist klar, dass wir die Umstellung vorgenommen haben, um Vergleichbarkeit mit den Daten des Bundes und der übrigen Bundesländer zu erzielen. Sie und wir wissen aber genau, dass viele Jahre lang die Zahlen parallel erhoben wurden. Folglich ist der mögliche Vorwurf entkräftet, die besseren Zahlen beruhten nur auf einer neuen Erhebung.

Kollegin Schorer-Dremel hat es bereits angesprochen: Worin besteht der Grund für Flächeninanspruchnahme? Übrigens mag ich das Wort Flächenfraß überhaupt nicht; denn kein Mensch frisst diese Flächen.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Flächen werden für etwas benutzt und für irgendetwas verwendet. Ein Grund für höhere Flächenverwendung besteht schlichtweg in der Prosperität unseres Landes. Die 13 Millionen Einwohner, die heute in Bayern leben, haben auch einen Anspruch auf

Flächen – Flächen zum Wohnen, Flächen für die Infrastruktur. Diesen Sachverhalt muss man berücksichtigen. Dennoch ist unser Ziel vollkommen klar: Wir wollen eine deutliche Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen. Dies wollen wir durch intensive Unterstützung unserer Kommunen erreichen. Wir werden hier weitere Schritte gehen. Wir brauchen eine verstärkte Innenentwicklung. Wir müssen die interkommunale Zusammenarbeit stark intensivieren, vor allen Dingen brauchen wir aber die erneute Nutzung von bereits in Anspruch genommenen Flächen, Stichwort Flächenrecycling.

Mein Ziel besteht darin, Wirtschaftswachstum und Flächeneinsparung zu vereinbaren. Dies muss gerade auch im Konsens mit unseren Kommunen geschehen. Ich nenne nur das Stichwort der kommunalen Planungshoheit. Hier geht es nicht um Symbolpolitik, sondern ich will das voranbringen. Aus meiner Sicht gehen Wirtschaftswachstum und Flächeneinsparung zusammen. Man muss es aber gut angehen. Dafür werden wir in naher Zukunft weitere Dinge vorschlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, last but not least will ich noch auf das Thema der Luftreinhaltung und der Luftqualität in unseren Städten eingehen. Ich nutze sehr gerne die Gelegenheit, noch einmal die Wahrheit auf den Tisch zu legen. Die Luftqualität in Bayern ist gut.

Lieber Herr Kollege von Brunn,

(Florian von Brunn (SPD): Ich habe nichts gesagt!)

wir haben in Bayern 17 Luftreinhaltepläne, die von unseren Städten aufgestellt wurden. Viele sind, wenngleich in verschiedenen Stadien, in ihrer Fortschreibung schon beschlossen. Es werden also viele Maßnahmen umgesetzt. Es gehört zur Wahrheit, dass wir an unseren 54 Luftgütemessstationen in Bayern seit fünf Jahren keine einzige Grenzwertüberschreitung von Feinstaub mehr haben. Keine einzige mehr!

(Beifall bei der CSU)

Auch die Vorgaben für den Stundenmittelwert von 200 Mikrogramm/m^3 bei Stickoxiden haben wir im Jahr 2016 flächendeckend in Bayern eingehalten. Auch das gehört zur Wahrheit. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir sehr wohl wissen, dass wir in unseren großen Städten wie München, Augsburg, Nürnberg, Regensburg Stickstoffgrenzwertüberschreitungen haben. Dies nehmen wir sehr ernst, und hier sehen wir großen Handlungsbedarf.Wir gehen dieses Problem sehr zügig an. Wir machen dies jedoch weder mit Polemik noch mit Panikmache, sondern mit Vernunft und Augenmaß. Übrigens brauchen wir für viele der Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen wollen, auch den Bund. Eine enge Zusammenarbeit ist dringend notwendig.

Eines ist klar: Der Gesundheitsschutz der Menschen steht an oberster Stelle. Er hat eine sehr hohe Priorität. Wir müssen jedoch die Funktionsfähigkeit unserer Städte sowie das Mobilitätsinteresse unserer Bevölkerung und der Wirtschaft im Blick haben. Deshalb haben wir ein sehr umfangreiches Maßnahmenpaket aufgelegt. Vorhin habe ich gestaunt, dass Sie nur die Umrüstung herausgepickt haben. Es handelt sich jedoch um seitenlange Maßnahmen, die wir gemeinsam verabschiedet haben. Ich bin von deren Wirkung überzeugt. Wir werden auch dieses Problem in den Griff bekommen. Ich halte nichts von einer Allianz gegen das Automobil oder von pauschalen Dieselfahrverboten. Diese Vorgehensweise wäre geradezu unsozial und würde Eigentum entwerten. Handel, Gewerbe und Wirtschaft würden vor unlösbare Probleme gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem wir jetzt die Redezeit genau im Blick haben, kann ich sehen, dass meine abläuft. Ich habe noch eine Minute. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Schluss kommen. Wir sind uns dessen völlig bewusst, dass uns bei den Themen Klimawandel, Artenschwund, Luftreinhaltung und Wasserqualität sowohl national als auch international große Herausforderungen erwarten. Diese Herausforderungen haben wir angenommen. Wir nehmen sie auch in Zukunft an – gemeinsam mit den Menschen in Bayern. Nur wenn wir die Menschen mitnehmen, werden wir Erfolg haben. Beim Umweltschutz handelt es sich nicht nur um eine große Verpflichtung un-

serer Generation. Im Umweltschutz steckt auch eine ganz große Chance für unser Land.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. Anhand der neuen Anzeige haben Sie sicherlich schon gesehen, dass es noch eine Zwischenbemerkung gibt. Herr von Brunn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin, ich möchte noch einmal kurz auf das Thema, das Sie zuletzt angesprochen haben, eingehen. Ich nenne die Stichwörter Stickoxid und Diesel. Für die nächste Bundesregierung, der wir nicht mehr angehören werden, wünschen wir uns einen Verkehrsminister, der nicht bloß die Interessen der Autoindustrie vertritt, sondern auch die Interessen der Umwelt und der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dort muss etwas passieren.

Ich will auf die Interpellation zu sprechen kommen. Aufgrund der intensiven Arbeit in den Ministerien, für die ich mich bedanken will, haben wir eine gute Grundlage für eine gemeinsame Umweltpolitik. Ich bedanke mich auch ausdrücklich für die Ehrlichkeit in vielen Punkten. Sie haben zum Teil mit deutlichen Worten auf die Probleme hingewiesen. Herr Kollege Magerl und ich haben die fehlenden Daten angesprochen. Wenn Sie die Datenlücken schließen, können wir gute Umweltpolitik machen. Sie haben gerade von Emissionen gesprochen. Ich möchte ein Beispiel nennen. Die letzten Zahlen des Emissionskatasters stammen aus dem Jahr 2004. Auf dieser Basis lässt sich nun mal schlecht Politik machen.

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir in vielen Bereichen, zum Beispiel beim Artenschutz, massive Defizite haben. Das sagen Sie auch. Wir können nicht ewig warten. Sie hatten schon 60 Jahre Zeit, die Situation in Ordnung zu bringen. Es geht auch nicht an der Wahrheit vorbei, wenn man sagt, dass wir deutlich mehr Geld für den Natur- und Umweltschutz brauchen. Wenn Sie dafür kämpfen, unterstützen wir Sie

gerne. Der Umwelthaushalt ist in Bayern einfach zu klein. In diesen Topf muss deutlich mehr hineinkommen.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Das können Sie mitbestimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.